

Wörter-Zeitung

Freitag, 1. November 1929
11. Jahrg. Nummer 256

Vertritt die
Wahlkreise
der
Kommunistischen Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der KPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverlag: Breslau 10, Kreuzberg Str. 20, Tel. 250 29.
Vertriebsstellen: Breslau 244, Reibitzstr. 10, Kreuzberg
Str. 20, Tel. 250 02. Gerschell-Verlag Breslau, Kreuzberg
Str. 12, Tel. 250 12. Montag bis Freitag von 7-12 Uhr. Samstag von 10-12 Uhr.
Gerschell-Verlag, Breslau 244, Reibitzstr. 10, Kreuzberg Str. 12, Tel. 250 12.
Gerschell-Verlag, Breslau 244, Reibitzstr. 10, Kreuzberg Str. 12, Tel. 250 12.
Gerschell-Verlag, Breslau 244, Reibitzstr. 10, Kreuzberg Str. 12, Tel. 250 12.

Sturmzeichen in Oesterreich! Heimwehren besetzen Betrieb

Mobilisierungsbefehl der Faschisten in Stoderau / Unternehmer drohen mit Betriebsstilllegung

In der Maschinenfabrik Seid bei Stoderau, ungefähr 20 Kilometer nördlich von Wien, an der Donau, melbten sich Donnerstag früh drei Heimwehrlaute zur Arbeit. Die Arbeiterschaft beschloß jedoch in einer Versammlung, mit den Heimwehrlauten nicht zusammenzuarbeiten. Die Heimwehrlaute weigerten sich, den Betrieb zu verlassen, wurden dazu aber schließlich gezwungen. Daraufhin wurde von der Heimwehrlaute Alarmbefehl ausgegeben. Heimwehrlaute führten mit Motorrädern in die Umgebung, um ihre Anhänger zu mobilisieren. Die Heimwehrlaute erklärte, die ganze Stadt und die Betriebe besetzen zu wollen. Gendarmerie wurde in Ueberfallautos herangezogen und auch die Garnison in Bereitschaft versetzt.

Stoderau so auch an anderen Orten trotz KPD. aufrast, um die Faschisten im Betrieb und auf der Straße zu schlagen — steht vor entscheidenden Kämpfen. Die gesamte revolutionäre Arbeiterschaft blickt heute nach Oesterreich. Ihre Aufgabe ist es, den Kampf der österreichischen Klassengenossen gegen Faschismus und Sozialfaschismus tatkräftig zu unterstützen.

hat. Schon seit einiger Zeit waren zwischen der Bank für deutsche Beamte und der Beamten-Zentralbank Berlin Fusionsverhandlungen im Gange. Diese Bestrebungen sind gestern gescheitert.

Die Fabrikleitung hat sich mit dem Hauptverband der österreichischen Industriellen in Wien in Verbindung gesetzt und nach Rücksprache mit diesem für morgen fünf Vertreter der Arbeiterschaft des Werkes vorgeladen. Diesen Vertretern wird die Entscheidung der Fabrikleitung und des Hauptverbandes der österreichischen Industrie dahingehend mitgeteilt werden, daß die Arbeiterschaft mit den eingestellten Heimwehrlauten zusammenarbeiten muß. Sollte sie eine derartige Zusammenarbeit ablehnen, so werden alsbald die Fabrik und das Werk geschlossen werden.

Die österreichische Sozialdemokratie sucht mit allen Mitteln die Gnade des Regierungsfaschismus zu erwerben.

Wahlen unter Ausnahmezustand

Polizei überfällt und verhindert kommunistische Wahlveranstaltungen. — Die Massen werden nun erst recht die Liste der Kommunisten wählen!

(Eig. Draht.) Hamburg, 31. Oktober.
Die kommunistische Partei hatte zu einem Notem Treffen am Sonntag in Heide in Holstein aufgerufen. Es handelt sich um eine Wahlveranstaltung, bei der der Genosse Thälmann sprechen sollte. Gestern erhielt der Vorsitzende der Ortsgruppe Heide der KPD. von der Polizeiverwaltung folgendes Schreiben:

Für Ende Oktober hatten die österreichischen Faschisten ihren Marsch auf Wien angekündigt. In den letzten Tagen wurde die Sprache der Heimwehrlaute und der Faschistenpresse angefüllt der seligen Kapitulation der SPÖ. immer frecher. Der Vorgang in Stoderau beleuchtet blickhell die Situation. Die Faschisten mobilisieren ihre Anhänger, besetzen einen Betrieb und gehen im Bunde mit den Unternehmern und der Regierung zum brutalen Terror gegen die Arbeiterschaft über.

Mit großem Bedauern stellt der „Vorwärts“ vom 31. Oktober fest, daß im österreichischen Verfassungsausschuß „die Schöber-Mehrheit nicht entgegenkommt“ und auf ihrem Verfassungsprogramm unwiderruflich besteht, obwohl die Sozialdemokraten beispielsweise bereit sind, einer Heraushebung des passiven Wahlalters von 24 auf 28 Jahre zuzustimmen. Am meisten aber lobt die „Wiener Arbeiterzeitung“, weil die Wiener Christlich-Sozialen den ihnen gemachten Vorschlag zu direkten Verhandlungen mit der sozialdemokratischen Gemeinderatsmehrheit abgelehnt hatten. Die Sozialdemokraten wollten nämlich den Abbau ihrer Machtposition in „schmerzloser“ Weise vollziehen, indem sie zur Vermeidung der „Entrechtung Wiens“ durch die neue Verfassung freiwillig den Christlich-Sozialen die Mitregierung in der „roten Mustergemeinde“ anboten. Die haben es abgelehnt und gehen auf Ganges. Die „Arbeiterzeitung“ jammert nun, daß die Bourgeoisie sich nicht verständigen wolle, obwohl die Sozialdemokratie doch „zur Vermeidung einer Wirtschaftskatastrophe“ alle möglichen Zugeständnisse gemacht und eine „sachliche Verhandlung“ über das faschistische Verfassungsgezet eingeleitet habe. Sie nennt die Hartnäckigkeit der Christlich-Sozialen „eine Judaslist an Wien“ und droht mit schrecklicher Rache bei — den nächsten Wahlen.

„Der von Ihnen für Sonntag angelegte Demonstrationzug der kommunistischen Partei durch die Stadt und die im Anschluß daran beabsichtigte Versammlung unter freiem Himmel werden hiermit:

1. wegen einer unmittelbar drohenden Gefahr einer Störung der öffentlichen Ruhe, Sicherheit und Ordnung und
 2. zur Verhütung einer unmittelbaren Gefahr für Leben und Gesundheit der Teilnehmer gerade im Hinblick auf die gegenwärtige politische Spannung und auch wegen der Anwesenheit zahlreicher Landleute aus Anlaß des Marktes auf Grund des allgemeinen Landrechts verboten.“
- Dieses Verbot in der Sprache der wilhelminischen Ära wird erlassen von dem sozialdemokratischen Oberpräsidenten von Holstein. Es stellt einen niederträchtigen Akt der Wahlbeeinflussung dar und wird so wenig wie das KPD-Verbot von den Massen befolgt werden.

Deutschnationale Beamtenbank zusammengebrochen

Zehntausende von Beamten verlieren ihre Ersparnisse — Bezweifelungszenen vor den Zweigstellen — Die Schupo wird gegen die Betroffenen mobilisiert

Berlin, 1. November.

Die Bank für deutsche Beamte hat ihre Zahlungen eingestellt. Diese Bank arbeitete auf privater genossenschaftlicher Grundlage. Beamte gehören ihrer Leitung nur als Einzelpersonen an.

Der Kundenkreis der Bank für deutsche Beamte setzt sich aus mittleren und Unterbeamten fast sämtlicher Behörden und Staatsbetriebe zusammen. Vor allem sind es Beamte der Schutzpolizei, der Post und des Berliner Magistrats, die dort ihre Spargelder aufbewahren und sich ihre Gehälter auf die Bank überweisen ließen. Die Kunden des Instituts wollten am Donnerstag ihre Gehälter abheben und standen vor verschlossenen Türen.

Als das Gerücht von dem Zusammenbruch der Bank mittags bekannt wurde, forderten die Beamten bei ihren Ausschüssen die Herauszahlung der fälligen Monatsgehälter, die bereits der Bank überwiesen waren. 10 000 Familien sind in arge Bedrängnis geraten. Die Leute sollen am Freitag ihre Miete zahlen und sind dazu nicht in der Lage, da sie auch ihre Ersparnisse dem Institut anvertraut haben. Man spricht davon, daß mehr als 15 Millionen Mark erspartes Geld bei der Bank deponiert waren.

Schutzpolizei und anderer Behörden interessiert sind und das in Berlin über zwölf Depositionskassen verfügt. Vor den Depositionskassen und auch vor dem Direktionsgebäude in der Wilhelmstraße kam es zu stürmischen Szenen. Die Einleger forderten aufgeregt ihr Geld zurück und bedrohten die Angestellten. Schließlich griff Schutzpolizei ein. Die Ansammlungen vor den Bankfilialen in den verschiedenen Stadtteilen dauerten bis in die frühen Nachmittagsstunden. In ihren Reihen befinden sich zahlreiche Frauen, die sich verzweifelt gebärden und die Schutzpolizisten schuldig bittend, sie doch einzulassen, da ihre Miete noch unbezahlt sei und ihre Kinder auf das Mittagessen warteten. Die Männer verhalten sich etwas besonnener, doch auch unter ihnen gibt es viele, die in der Sorge um die Zukunft ganz verzweifelter Stimmung sind. Unter den Leuten, die sich in heftigen Worten gegen die Bankleitung ergingen, befanden sich sehr viele uniformierte Beamte, darunter hauptsächlich Schutzpolizisten, Eisenbahner und Postbeamte. Nachmittags um 1/4 Uhr hatte sich die große Menge der aufgeregten Kontoinhaber auf der Straße zerstreut. Die Bank erlitt einen großen Verlust im August d. J. durch die Beteiligung an einem Autofinanzierungsgeschäft in Höhe von 300 000 bis 400 000 Mark. Es verlautet, daß die Bank damals etwa 200 000 Mark Verluste gehabt

Magdeburg, 31. Oktober.

Gestern fand im Arbeiterviertel Budau eine stark besuchte Wahlversammlung der KPD. statt. Kaum hatte der Stadtverordnete Genosse Kasper zehn Minuten gesprochen, als ein Ueberfallkommando mit geschwungenen Gummitüppchen im Sozialistischen Polizeipräsidenten Wärensprung als sozialdemokratisch erklärt wurde. Als Begründung wurde bekanntgegeben, man habe einem Polizeibeamten (der sich nicht zu erkennen gegeben hatte) den Zutritt zum Saale verweigert.

Letzte Meldungen

Es handelt sich um Meldungen, die infolge späten Einganges nur unkommentiert und stark verzerrt wiedergegeben werden können.

Ämlich wird mitgeteilt, daß bis nach Mitternacht 3 299 152 Stimmen für das Stahlhelmbegehren (9,54 v. H. der Stimmberechtigten) abgegeben wurden.

Oberbürgermeister Böck, der gestern aus Neuhort zurückkehrte, wurde sowohl am Bahnhof wie auch später vor seiner Wohnung von Tausenden mit dem Rufe „Stalarekschieber“ empfangen. Er mußte den Bahnhof durch eine Seitentür verlassen und sich unter Polizeischutz begeben, um sich vor der Empörung der Angeammelten zu retten. (Ausführlicher Bericht folgt.)

Die für gestern angesetzte Sitzung des polnischen Sejms konnte nicht stattfinden, da hundert Offiziere Pilsudskis in voller Uniform in das überfüllte Parlament einzubringen versuchten, so daß sich der Präsident genötigt sah, die Sitzung abzubreden.

Senator Clementel hat gestern dem Präsidenten der französischen Republik mitgeteilt, daß er nicht imstande ist, die Kabinettsbildung vorzunehmen. Der Präsident hat nunmehr den Abgeordneten Lavigne ins Elisee zu einer Unterredung berufen.

Die Deutsche Volkspartei forderte in ihrer gestrigen Fraktionssitzung die Besetzung des Reichswirtschaftsministeriums.

Schlesischer SPD.-Abgeordneter unterschlägt Gewerkschaftsgelder!

Siehe unsere Enthüllungen in der morgigen Wochenausgabe
Haben alle Ortsgruppen schon Sonderbestellungen aufgegeben?

Die in Schwierigkeiten geratene Bank ist eines der größten...
10 000 bis 50 000 Angehörige der...
0 000 bis 50 000 Angehörige der...
0 000 bis 50 000 Angehörige der...

Bombenattentäter Rapphengst freigelassen

Berlin, 31. Oktober. Wie die Wendenaustraße des „Berliner Volksboten“ vom 31. Oktober berichtet, ist der am 26. Oktober mit großem Halla verhaftete **Erwin Rapphengst** am 29. Oktober entlassen worden, ohne überhaupt dem Gericht zugelassen worden zu sein.

Als vor wenigen Tagen Rapphengst verhaftet wurde, triumphtierte die „republikanische Presse“, daß man mit der Verhaftung dieses Mannes den wirklichen Bombenattentäter gefaßt habe.

Die kommunistische Presse schrieb schon damals, daß die Verhaftung des Rapphengst lediglich eine Farce sei, zu der man wegen der Enthaltungen der „Weißen Fahne“ über die Zusammenhänge zwischen Rapphengst und den Bombenattentätern des Reichstages hätte schreiben müssen.

Die Freilassung des Rapphengst zeigt in immer deutlicherer Weise, daß das Mandat der Verhaftung der Bombenattentäter lediglich darauf berechnet war, das neue **Republikanische Gesetz** weiter Auflage, das sich aus schärfste gegen das **revolutionäre Proletariat** richtet, schmachtend zu machen.

Wie der polnische Imperialismus aufrüstet!

Wie aus dem Haushalt des Kriegsministeriums für das Jahr 1930/31 hervorgeht, zählt das polnische Heer zurzeit insgesamt 211 000 Mann. Das 17.000 Mann starke Offizierskorps setzt sich aus 129 Generälen, 476 Obersten, 876 Oberleutnants, 2468 Majoren, 5800 Hauptleuten, 6650 Oberleutnants und 1417 Leutnants zusammen. Die große Zahl der Oberleutnants erklärt sich daraus, daß im Wehrhaushalt auch die Reserveoffiziere hinzugerechnet worden sind. Das aktive Unteroffizierskorps besteht aus 82 500 Mann. Die Unterhalts- und Ausbildungskosten des in 30 Divisionen eingeteilten Heeres sollen nach dem Voranschlag 837,2 Millionen Zloty, das heißt 25 Millionen mehr als im Vorjahre, betragen. Im einzelnen sind 15 Millionen Zloty für die militärischen Verwaltungsbehörden, 520 Millionen für die Unterhaltung des Heeres, 72 Millionen für die Rüstung, 21 Millionen für die Luftflotte, 30 Millionen für die technischen Truppen, 18 Millionen für die Marine, 4 Millionen für das Sanitätswesen und 5 Millionen für das militärische Schulwesen veranschlagt.

„Linke“ Polizeirepente

Der machtvolle Aufmarsch der Roten Frontkämpfer am letzten Sonntag bietet — wie jede Zuspitzung des Klassenkampfes — den „linken“ SPD-Blättern Gelegenheit, ihr wahres, wehrhaftes Gesicht zu enthüllen. Das „Sächsische Volksblatt“ in Zwickau bringt die kurze Meldung unter der Überschrift „Thälmann bracht Opfer“ und stellt den Aufmarsch der Roten Frontkämpfer als einen Versuch der KPD, zur Überwindung angeblicher innerer Differenzen dar, wirt der kommunistischen Presse vor, daß sie „die ihr folgenden Arbeiter in neue Abenteuer heze“ und verbreitet im übrigen die bekannten Lügen, wonach die KPD ihre „Opfer“ im Stich lasse. Noch etwas einfacher macht sich die „Leipziger Volkszeitung“, in deren Erscheinungsort die Hauptdemonstration stattfand, die Sache. Totschweigen, wie die übrige SPD-Presse, kann sie die Demonstration nicht — also bringt sie einfach im lokalen Teil den — Polizeibericht ohne ein Wort des Kommentars, also in völliger Solidarität mit dem (ja auch von dem „linken“ Sozialdemokraten Fleißner geleiteten) Polizeiterror. Es ist wirklich kein Unterschied zwischen den Blättern der „linken“ SPD und dem „Hamburger Echo“, das in gewohnter Offenheit verkündet:

„Die Sicherheit der Straße und die Sicherheit auch unserer Polizeibeamten gebietet daher scharfes Durchgreifen. Die kommunistischen Banditen haben das Recht verweigert, als politische Gegner anerkannt zu werden. Ihre Führer aber, die solche Aktionen, wie sie jetzt wieder berichtet werden müssen, beden, handeln noch verbrecherischer, denn dadurch, daß sie sich zu Gefangenen ihrer eigenen Taktik gemacht haben, wird der kommunistische Mob nur noch frecher und die Abwehr des Staates notwendiger.“

Es lohnt sich nicht, über die Sprache von Polizeibeamten zu diskutieren — man nagelt sie an. Aber die Offenheit, mit der rechtliche wie „linke“ Sozialdemokraten angeht jeder ernstlichen proletarischen Aktion ihre Polizeisprache aus dem Saal lassen, ist für den deutschen Arbeiter lehrreich — sie zeigt ihnen, daß dies Gefindel von Ver-

An die Arbeiterchaft aller Länder

Das Urteil im Gastonia-Prozess ist gefällt. Sieben unserer Kameraden wurden des Mordes schuldig gesprochen. Ihr einziges Verbrechen ist, eine Zeitschrift der Internationalen Arbeiterhilfe, die sie für die streikenden Arbeiter Nordkarolinas ausgebaut hatten, um den aus den Werkwohnungen während des Streiks hinausgeworfenen Obdach zu gewähren, gegen den Ueberfall betrunkener Polizisten vertheidigt zu haben. Das Leben der sieben Kameraden ist gefährdet. Durch ihre Verhaftung soll die Arbeiterchaft der amerikanischen Staaten eingeschüchtert werden, damit sie ihre Lohnkämpfe nicht fortsetze und sich von den amerikanischen Kapitalisten völlig ausplündern lasse. Die Internationale Arbeiterhilfe und ihre Funktionäre werden natürlich vor diesen Terrormaßnahmen der amerikanischen Bourgeoisie nicht zurückweichen.

Nach ist jedoch das Urteil an den sieben Kameraden des Gastonia-Prozesses nicht vollstreckt. Wenn die werktätigen Massen der ganzen Welt ihre Protestkampagne steigern, ist es noch möglich, diese Kameraden zu befreien.

Das Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe ruft deshalb alle Werktätigen der ganzen Welt auf, ihre Protestaktion sofort zu steigern. Ruft in allen Ländern und allen Industriezentren große Protestkundgebungen auf und fordert überall energisch die Freilassung der sieben verurteilten Kameraden des Gastonia-Prozesses!

Zentralkomitee der Internationalen Arbeiterhilfe.

Wili Münzberg, Georg Ledebour, Franzisko Milano.

rältern nichts mit der Arbeiterklasse gemein hat und im Interesse des Sieges der Revolution mit allen Mitteln unschädlich gemacht werden muß.

Polizei und Salentreuhanditen in einer Front

Schwere Zusammenstöße in Düsseldorf und Solingen

Am Dienstagabend fand in der Tonhalle in Düsseldorf eine Faschistenversammlung statt. Als der Referent **Fru m b e g e l** von den Nationalsozialisten, einer der Mitorganisatoren des Nordüberfalls auf einen Arbeiter das Wort ergreifen wollte, erhob sich unter den zahlreich anwesenden Arbeitern ein Sturm der Empörung. Sofort eröffneten die Faschisten und ein ungeheures Aufgebot von Polizei mit Gummiknüppeln, Polizeijäbeln und Stuhlbeinen den Angriff gegen die proletarischen Versammlungsbesucher. Im Lastwagen trafen zur Verstärkung faschistische Rollkommandos ein. Die Zusammenstöße dauerten in den anliegenden Straßen bis in die Nacht hinein. Mehrere Arbeiter wurden verhaftet, darunter der Genosse **Sandtagsabgeordnete Flutung**. Es gab auf seiten der Arbeiter und der Schupo Verletzte, besonders aber auf seiten der Faschisten, von denen einige ins Krankenhaus übergeführt werden mußten.

Ferner fand am Dienstag in Solingen eine Protest-

Vor den Kommunalwahlen

versprechen auch die vereinigten kapitalistischen Räuber — von den Deutschnationalen bis zu den Sozialdemokraten — Senkung der Mieten, hundertprozentige Verwendung **Eurer Hauszinssteuer** für den Wohnungsbau, Aufrechterhaltung des Mieterschutzgesetzes,

Nach den Kommunalwahlen

soll die Erhöhung der gesetzlichen Miete erfolgen. Das hat die preussische Regierung am 8. Oktober in einer Sitzung des Hauptausschusses des Landtages nicht bekräftigt.

Bis zu den Wahlen sollen die Wähler durch Schweigen und Dementis getäuscht werden!

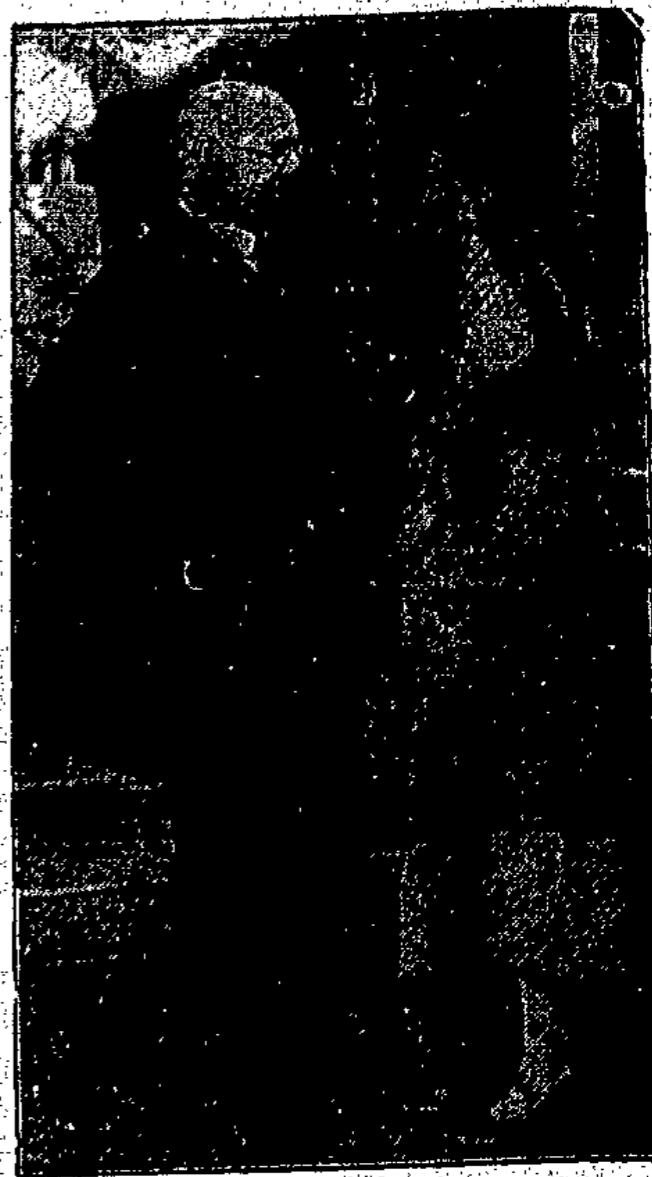
Macht ihnen einen Strich durch die Rechnung!

Denk an Kämpfers Wahlweise!

Wählt die Linke der KPD.

Schieber-Bürger-melker 555

der gestern bei seiner Ankunft in Berlin durch die Polizei vor der **Wut der Bevölkerung** geschützt wurde



lunggebung der KPD. gegen die Polizeikräfte vom vergangenen Sonntag statt. Tausende Arbeiter waren erschienen. Die Fahne, die die Schupo am Sonntag beschlagnahmte wollte, wurde auf der Kundgebung offen gezeigt. Die Schupo wagte aber nicht, einzuschreiten. Nach Schluß der Kundgebung rückten die Arbeitermassen vor ein Lokal, in dem die Faschisten eine Versammlung durchführten. Polizei, die sich im Hinterhalt konzentriert hatte, eröffnete einen brutalen Ueberfall. Frauen, Männer, Jugendliche, völlig Unbeteiligte wurden diebstahlisch mißhandelt. Aber die Arbeiter drangen immer wieder mit Niederrufen auf die Bluthunde vor. Plötzlich fielen von seiten der Polizei drei Schüsse. Nur der Vorsteher trug sich glücklich truppweise in Autos. Fünf Arbeiter wurden verhaftet.

Der Verkauf empfangnisverhütender Mittel bleibt strafbar

Aus dem Strafrechtsausschuß

Bei der Abstimmung über die Bestrafung unzüchtiger Schriften und Abbildungen am 29. Oktober gab es, nachdem Genosse **Alexander** noch einmal auf die reaktionären Pläne, die der § 300 des neuen Strafgesetzes verfolgt, hingewiesen hatte, einen kleinen Betriebsunfall. Sämtliche Anträge zu diesen Paragraphen wurden abgelehnt und schließlich auch der Paragraf selbst. Nur der Vorsteher Kahl und seine zwei Mannen von der Deutschen Volkspartei stimmten schließlich für den Paragrafen.

Dafür wurden die folgenden §§ 301, 302 entgegen dem Antrag und den Stimmen der Kommunisten angenommen; die Paragraphen, die den Verkauf von „Sachen für unzüchtigen Gebrauch“ und der „Mittel zur Verhütung von Geschlechtskrankheiten“ mit Gefängnis bis zu 2 Jahren bedrohen. Zwar sollen in Zukunft über das geltende Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten hinaus empfangnisverhütende Mittel feilgehalten werden dürfen. Allein es ist verboten, dies in einer „die Sitte und den Anstand verletzenden Weise“ zu tun. Wenn die Sitte und der Anstand der Großbourgeoisie verletzt wird, bestimmen deren Richter. Der Fortschritt, den die Bestimmung nach Auffassung des Sozialdemokraten **Moses** bringt, droht dem Satz von der Sitte und dem Anstand das Genick um. Man darf zwar die Mittel verkaufen, aber nicht das tun, worauf es ankommt: zu sagen, wofür sie dienen und wie sie heißen.

Zum Schluß versuchte der Vorsteher Professor **Kahl** noch ein Plänchen auf Beschleunigung der Ausschussberatung durchzusetzen: die Abschnitte über die Vermögensverbrechen, den Diebstahl, Raub und Erpressung sollten von einem Unterausschuß vorbereiten werden. Nachdem Genosse **Alexander** gegen diese Absicht Einspruch erhoben und die Vertreter der Deutschnationalen und Sozialdemokraten sich angeschlossen hatten, mußte der Vorsteher seinen Antrag zurückziehen.

„Der stille Don“

Copyright by Verlag für Literatur und Politik Berlin-Wien

Kosakenroman von Michael Scholochow

I
Der **Melchjow** hat liegt ganz am Ende des Dorfes. Das Tor des Viehhofes führt zum Norden, zum Don. Ein steiler Abhang zwischen rauhen, grünlichen Kreidelassen, und schon ist das Ufer sichtbar, mit perlmutternen Muscheln besät, mit dem zackigen, grauen, von Wellen zerklüfteten Sand, und der mächtige Strom, der schäumt und sich kräuselt unter dem Wind. Im Westen hinter den Weiden und Büschen läuft die Sandstraße; graues Untert, bräunliches, von Pferdehufen zerstampftes Weggras. An der Kreuzung eine kleine Kapelle, im Hintergrund die Steppe, in Rebel eingewickelt. Im Süden der Kreidelamm eines Berges, im Osten eine Straße, die den Dorfplatz durchschneidet und in eine Niederung führt.

Aus dem letzten türkischen Feldzug lehrte der **Kosak Prolosij Melchjow** ins Dorf zurück. Vom **Türkenlande** brachte er sich eine Frau mit, eine kleine, in einen großen Schal eingewickelte Frau. Sie verdeckte stets ihr Gesicht und zeigte nur selten ihre feingliedrigen, menschenähnlichen Augen. Der leidene Schal roch nach fernem, unbekanntem Duft, seine regenbogenfarbenen Rippen erwiderten immer wieder den Reiz der Frauen. Die gefangene **Türkin** hielt sich fern von Prolosij's Verwandten, der alte **Melchjow** forderte auch sehr bald den Teil seines Sohnes ab, betrat aber bis zu seinem Tode nicht ein einziges Mal Prolosij's neuen Hof.

Prolosij richtete sich in kürzester Zeit ein: Zimmerleute zimmerten ihm ein Hauschen zusammen, er selber umzäunte den Viehhof, und im Herbst führte er seine fremdbändige, schüchtern zusammengeduckte Frau in seine neue Wirkstatt. Er ging mit ihr hinter einem zweirädrigen Wagen, auf dem sein ganzes Hab und Gut verladen war, durch das ganze Dorf. Alle Dorfbewohner kamen auf die Straßen, alle, groß und klein. Die **Kosaken** lachten in die Bärte hinein, die **Weiber** schrien einander laut zu, eine Horde von ungewaschenen **kleinen Kindern** kroch hinter Prolosij's Rücken, doch er ging lang-

sam, wie in einer Pflichtfurche. Sein **Kosakenrod** war weit offen, in der riesengroßen, dunklen Faust presste er das gebrechliche Handgelenk seiner Frau fest zusammen. Trotzig trug er seinen blonden buschigen Kopf hoch, nur seine **Kiefer** spiekten nervös, und zwischen seinen unbeweglich starrten Augenbrauen standen **Schweißtröpfchen**.

Von diesem Tage an sah man ihn nur selten im Dorfe, er kam auch nicht auf den Marktplatz. Er lebte auf seinem Hof am **Abhang** des Dons wie ein Wolf. Im Dorfe wurde über ihn viel **Seltjames** geschwätzt. Die Kinder, die auf den Weiden das Vieh hüteten, erzählten, sie hätten gesehen, wie Prolosij an Abenden, wenn die Sonne nicht, seine Frau auf den Armen zum **Zatariischen Grabhügel** trage. Dort setze er sie hoch oben hin, auf den Gipfel, mit dem Rücken dem von Jahrhunderten ausgewaschenen **Stein** zugewandt. Er selbst ließ sich neben ihr nieder, und so saßen sie nebeneinander und sahen lange, lange in die ferne Steppe. Sahen so lange, bis die Dämmerung erlosch; dann wickelte Prolosij die Frau in seinen Rod und trug sie wieder auf den Armen nach Hause. Das ganze Dorf verlor sich in Vermutungen, suchte nach einer Erklärung für dieses wunderliche Benehmen. Auch über Prolosij's Frau wurde alles mögliche geschwätzt. Einige behaupteten, sie sei von einer nicht dagewesenen Schönheit, andere sagten das Gegenteil. Zu einer Entscheidung kam man erst, als das **Lüßte** aller Weiber, die **Soldatenfrau Rawra**, zu Prolosij kam, angeblich um sich frischen **Sauerkeis** zu borgen. Prolosij ging in den Keller, um den **Leig** zu holen, und es gelang **Rawra** in dieser Zeit, sich die Frau genau anzusehen und festzustellen, daß Prolosij sich eine ganz minderwertige **Türkin** geholt hatte.

Einige Minuten später schnatterte sie, ganz rot im Gesicht, vor einer **dichten Weiberherde** in ihrer **Waffe** laut und aufgereg. Das **Luch** rührte ihr dabei vor **Erregung** vom Kopfe.

Was er sich da aus der **Lärre** geholt hat!... Wenn sie wenigstens ein **Frauenzimmer** war... aber so was... sie hat keinen Hintern, keine Brüste... Eine **Schande** ist's... Bei uns hier sind **schönere Mädeln** ihnen geliebter... In der **Taille** wollte man sie einfach auseinanderreißen, so dünn ist sie... wie eine **Wespe**... und diese **Augen**... schwarze, riesengroße, sie schneidet einen direkt mit ihren **Wimpern**... wie ein **Satan**... Gott verzeih's ihr... **schier** tanzt sie auch in der **Nacht** mit den **Hegen**.

„Mit den **Hegen**?“ wunderten sich die **Weiber**.

„Ja, ja, mir kann man nichts vormachen... bin doch kein **Eüngling** mehr, hab drei **Kinder** groß gezogen...“

„Und wie **schaut** sie aus?“

„Wie sie **ausschaut**! **Welb** ist sie, und die **Augen** sind ganz **traurig**, sie hat wohl kein **leichtes** Leben hier im fremden Lande. Und wie sie angezogen ist, dieses **Frauenzimmer**! Sie trägt — **Prolosij's Hofen**...“

— „**Ranneinn**?“ stöhnten die **Weiber** einstimmig und erschrocken auf.

„Mit eigenen **Augen** hab ich es ja gesehen... **Hofen** trägt sie, aber ohne **Streifen** an den **Seiten**. Wahrscheinlich sind es seine **Arbeitshofen**. Sie trägt also ein **langes** Hemd und unter dem Hemd **sehen** Hofen hervor, die in den **Strümpfen** stecken... Es wurde mit ganz **heiß**, als ich sie erblickte...“

Durchs ganze Dorf ging ein **Flüstern**: Prolosij's Frau ist eine **Hegel**! Die **Schwiegerochter** der **Mitachow** (die **Mitachow** wohnten neben Prolosij) **schwor** hoch und heilig, Prolosij's Frau habe am **zweiten Pfingstfesttag** **barhäuptig** und **bloßfüßig** eine **Kuh** auf ihrem **Viehhof** gemolken. Von dieser Zeit an **schrumpte** das **Guter** der **Kuh** zusammen, zum **Schluf** war es nicht größer als eine **Kindersau**. Die **Kuh** gab dann keine **Milch** mehr und **krieperte** sehr bald.

In jenem Jahr fiel sehr viel **Vieh**. Die **Viehtränke** am Don war täglich mit **neuen Kuh-** und **Jungviehstücken** bedeckt. Auch die **Pferde** fielen zu **Dugenden**. Die **Pferdeherden**, die auf den **Abhängen** weideten, **schmolzen** immer mehr zusammen. Da begann ein **schwarzes** **Gerücht** durch **Gassen** und **Straßen** zu **schleichen**, und eines Tages **kamen** **Kosaken** von der **Gemeindeversammlung** zu Prolosij.

Prolosij trat vor die **Tür** und begrüßte sie.

„Was wollt ihr hier **Gutes** von mir **holen**, meine **Lieben**?“

Die **Wasse** näherte sich der **Veranda** und **schwieg** dumpf. Ein **alter** **Kosak**, der ein **menig** angeheitert war, **schrie** als **erster**:

„**Schlepp** deine **Heze** her! Wir wollen über sie **Gericht** halten!“

(Fortsetzung folgt.)

Verantwortlich für Politik und Weltlagen **Alfred Thomas**, Berlin; für Baden und Weltlagen: **Seckel** und **Gewerkschaft** **Wilhelm Biewald**; für Oberelbien: **Herhard** **Galla**, **Wieslau**.

Große Gärung im ostoberschlesischen und Dombrowaer Kohlenrevier

Von G. Henrykowitz

Warschau, 31. Oktober.

Die politische Krise der faschistischen Diktatur in Polen tritt sehr klar auf dem Gebiete des ganzen Kohlenreviers, insbesondere Ober-schlesiens, hervor. Die breitesten Massen der Arbeiterklasse haben die Illusion, die sie sich selbst gegenüber hegten, verloren. Der brutale Terror, die schärfste nationale Unterdrückung, die schreckliche Hölle der kapitalistischen Rationalisierung, die schreckliche Hölle der kapitalistischen Rationalisierung, die schreckliche Hölle der kapitalistischen Rationalisierung...

Das Proletariat der Kohlenreviere hat neben dem Lohndruck und dem Hunger die beste Möglichkeit gehabt, den eigentlichen Sinn und die Folgen der faschistischen Schlichtungspolitik an seinem eigenen Leibe zu spüren. Seit Jahren bemüht sich die faschistische Regierung, zusammen mit ihren sozialfaschistischen Agenten, jeden Kampf der Berg- und Hüttenarbeiter durch komplizierte Schlichtungsänderungen und unerhörte Terrormaßnahmen im Keime zu ersticken. Auch gegenwärtig hat die faschistische Schlichtungskommission den Bergarbeitern Ostoberschlesiens eine lächerliche Lohn-erhöhung von 4 Prozent zugesprochen, wogegen die Bergarbeiter der Kohlenreviere von Dombrowa und Krakau sowie den Hüttenarbeitern des ganzen Kohlenreviers jede Lohnserhöhung verweigert wurde.

Dieser Schandspruch der faschistischen Schlichtungskommission hat eine mächtige Gärung unter den Berg- und Hüttenarbeitern hervorgerufen. Auf Versammlungen und Kongressen wird der faschistische Schandspruch einmütig abgelehnt, und es wird die Proklamierung eines allgemeinen Streiks in der Berg- und Hüttenindustrie gefordert.

Die politischen und die deutschen Sozialfaschisten aller Richtungen sind bestrebt, diese Kampfbereitschaft der Arbeiterklasse durch verschiedene schufliche Ablenkungsmanöver zu liquidieren. Auf dem Kongress der Vertrauensmänner des ganzen polnischen Kohlenreviers, der von den polnischen Sozialfaschisten unlängst einberufen wurde, ist es den KPP-Führern gelungen, mit einer kleinen Stimmenmehrheit die Forderung der Verurteilung einer neuen Schlichtungskommission durchzusetzen. Ein zweiter Kongress der sogenannten „Arbeitsgemeinschaft“, in der die Christlich-sozialen und die deutschen Sozialfaschisten vertreten sind, hat beschlossen, neue Unterhandlungen mit den Kohlenbaronen aufzunehmen. Auf dem letzten Kongress, der den Streik für den 5. November festgesetzt hat, haben die faschistischen Führer Einschränkungen durchgesetzt, die mitteilen sollen, neue Verschleppungsmanöver in den nächsten Tagen einzuleiten.

Um die große revolutionäre Stimmung der Massen für sich auszunutzen, haben die Sozialfaschisten aller Richtungen eine wütende „demokratisch-oppositionelle“ Demagogie eingeleitet. Besonders trag-

tritt dies im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen hervor, die in der nächsten Zeit stattfinden sollen. Die Sozialfaschisten, die in einer Einheitsfront auftreten, stellen die betrügerische Lösung der „Rückkehr zur Demokratie“ und in Oberschlesien noch außerdem die Lösung der „Rückkehr zur Autonomie Oberschlesiens“ auf. Auf diese Weise sind die Sozialfaschisten bestrebt, die Arbeitermassen vom Kampfe für den Sturz der faschistischen Diktatur, für die Diktatur des Proletariats, für das Selbstbestimmungsrecht bis zur Loslösung vom polnischen Staate abzulenken.

Die faschistische Regierung ihrerseits hat mit einem wütenden Terror eingeleitet. Im Gebiete von Dombrowa wurden Massengewaltverhaftungen unter der Arbeiterklasse durchgeführt, die den Zweck verfolgten, die revolutionären Arbeiter von der Führung des heranwachsenden Kampfes fernzubehalten und die Massen dem Faschismus und Sozialfaschismus auszuliefern. Ungeachtet dieses Terrors haben die revolutionäre Gewerkschaftsopposition sowie die kommunistische Partei eine breite Massenaktion entfaltet. In Oberschlesien und im Kohlenreviere von Dombrowa wurden bereits einige Kampfleistungen geschaffen und zwei Kongresse der Vertrauensleute (die allerdings noch schwach besucht waren) durchgeführt.

Im allgemeinen ist es festzustellen, daß die Aktivität der Masse in manchen Fällen eine größere ist als die Aktivität unserer Parteiorganisationen. Insbesondere trat während der gegenwärtigen Aktion die opportunistische Versuchung einiger Elemente in der Führung der revolutionären Gewerkschaftsorganisationen der Bergarbeiter sehr klar hervor. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat im Zusammenhang mit der gegenwärtigen Aktion einen scharfen Kampf für die Erneuerung der Führung der „Freien Verbände“ aufgenommen.

Die kommunistische Partei ist bemüht, die jetzige Wirtschaftskrise mit der schärfsten Spitze gegen die faschistische Diktatur zu wenden. An konkreten Beispielen zeigt sie den breitesten Massen, daß die faschistische Diktatur mit ihrem Schlichtungsweesen, mit ihrem Terror, mit ihren imperialistischen Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion an der schrecklichen Lebenslage des Proletariats schuldig ist. Die KPP entlarvt die „demokratische“ und „oppositionelle“ Demagogie des Sozialfaschismus. Diese Demagogie hat nur ein Ziel, die Rettung der faschistischen Diktatur, die Stabilisierung des gegenwärtigen faschistischen Systems. Aus der gegenwärtigen politischen Krise des Faschismus ist kein Weg zurück zur bürgerlichen Demokratie vorhanden. Auf den Trümmern des faschistischen Regimes wird das polnische Proletariat seine Diktatur errichten.

Die KPP entfaltet eine breite Massenaktion für den Ausbau der Kampfleitungen und für die Schaffung einer zentralen Kampfleitung des ganzen Kohlenreviers. Sie ist bestrebt, den Kampf der Bergarbeiter mit dem Kampf der Hüttenarbeiter zu koordinieren.



Stimmen aus Salzwasser

Besten Segnen Österreichische Helmwehren, die von der Frau des gegenwärtigen Reichspräsidenten (1) „genagelt“ wird

und vom Organisationskomitee beachtet werden sollen. Nach meiner Auffassung kommen folgende Bestimmungen in Frage: Führung des Betriebes der Reichsbahn als Monopolunternehmen. — Geschäftsführung nach kaufmännischen Gesichtspunkten unter Führung der Interessen der deutschen Volkswirtschaft. — Trennung der Finanzen von den Reichs-, Staats- und Gemeindefinanzen. Reichsaufsicht. — Vorschriften für das Personal. — Zuständigkeit des Verwaltungsrates und des Vorstandes.

Nach diesem einseitigen Wortlaut wird also durch den Young-Plan an den Verhältnissen bei der Reichsbahn nichts geändert. Von verschiedenen Vorteilen für die Eisenbahner“ ist keine Spur.

Der Hauptbetriebsrat stellte sich hinter die Gewerkschaftsbürokratie. Er hilft dem Hauptvorstand, die Kollegen zu beschwätzen, anstatt Maßnahmen zu treffen, um den Kampf gegen die Hauptverwaltung und die Ausbeutung zu organisieren.

Die Kollegen sehen jetzt ganz klar, wie ihre „Vertretung“, soweit es sich um die Verbandsbürokratie und die Reformisten im Hauptbetriebsrat handelt, ihre Interessen wahrnimmt. Von dieser Seite werden die Kollegen keine Hilfe zu erwarten. Im Gegenteil. Die Gewerkschaftsbürokratie steht nicht nur bei der Verwaltung, sondern sie beginnt die freien Gewerkschaften zu zerlegen. Eine wilde Ausschüttungspagne hat eingesetzt. Ortsgruppen werden aufgelöst und gespalten, um die Kollegen kampfunfähig zu machen und so leichter der Ausbeutung anzuliefern.

Der Hauptbetriebsrat spricht diesen Verbandsbürokraten kein Vertrauen aus. Er hat sich für Scheffel und Dormmüller und gegen die Kollegen entschieden.

Die Fronten sind klar. Hier die ausgebeuteten Kollegen, dort Staatsgewalt, Unternehmer und reformistische Gewerkschaftsbürokratie. Die Kollegen werden den Kampf nur siegreich führen, wenn sie gemeinsam mit der revolutionären Gewerkschaftsopposition in einer Front stehen.

Böb muß dabongejagt werden

Ein Antrag der kommunistischen Fraktion

Berlin, 31. Oktober.

Die kommunistische Fraktion im Berliner Stadtparlament hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der durch die Skarel-Affäre aufs schwerste belastete Oberbürgermeister Böb genießt nicht das Vertrauen der Stadtverordnetenversammlung. Die Stadtverordnetenversammlung verlangt die sofortige Amtsenthebung des Oberbürgermeisters ohne Gewährung einer Pension.“

Dieser Antrag, der als Dringlichkeitsantrag gestellt worden ist, wird schon in der nächsten Stadtverordnetenversammlung zur Abstimmung gelangen. Die Begründung für diesen Antrag wird sich nicht nur mit den Pelzjaden der Familie Böb, die ihnen von den Skarels so gut wie geschenkt worden sind, beschäftigen, sondern auch mit der Tatsache, daß der Oberbürgermeister Böb alle Beschwerden, die über die Skarels bei ihm einliefen, grundsätzlich sabotiert hat und so den jahrelangen Betrug dieser Großschieber duldet. Der Antrag der kommunistischen Fraktion ist so gestellt, daß die einzelnen Parteien kaum umhin können, ihn abzulehnen.

Zum Wahlergebnis in der Schweiz

schreibt die „Rote Fahne“: „Diese Wahlen fanden im Zeichen der Konzentration aller bürgerlich-sozialfaschistischen Kräfte für den verheerendsten imperialistischen Kriegsluz und für die gesteigerte Unterdrückung der werktätigen Massen. Die tschechoslowakische Bourgeoisie braucht für die aktiven Kriegsvorbereitungen gegen die Sowjetunion eine breitere Basis, als es die bisherige Koalition war. Das Kabinett Witzgal ist bereits zurückgetreten. Auf der Tagesordnung steht die Bildung einer Diktaturregierung, in der die Sozialfaschisten eine führende Rolle spielen sollen.“

Die Sozialfaschisten haben den Wahlkampf offen mit der Perspektive der Regierungsbildung geführt.

Unsere tschechoslowakische Bruderpartei stand während des Wahlkampfes vor außerordentlich schwierigen Aufgaben. Es galt, angehts der Mobilisierung der ganzen tschechoslowakisch-sozialfaschistischen Front, die revolutionäre Front der Arbeiterklasse aufzuklären, die Massen zu sammeln zum Kampfe gegen die Kriegsvorbereitungen, für die Verteidigung der Sowjetunion, gegen die von Tag zu Tag sich verschärfende Ausbeutung und Unterdrückung. Sie hatte diesen Kampf zu führen unter dem Druck eines beispiellosen Terrors, mit einer durch die konterrevolutionären Machenschaften der Rechten und Berühmten geschwächten Organisation.

Wie das Ergebnis der Wahlen zeigt, ist es der vereinigten Reaktion nicht gelungen, unserer Bruderpartei einen empfindlichen Schlag zu versetzen. Gleichwohl verrät der Ausgang der Wahlen eine Reihe von politischen und organisatorischen Mängeln der Arbeiter tschechoslowakischen Kommunisten. Sie haben es nicht verstanden, genügend Kontakt an die Arbeit unter den Massen heranzugehen, sie haben nicht schnell und nicht fest genug auf die politischen Ereignisse reagiert. Der Kampf gegen die rechten Liquidatoren, die offen aufgefodert haben, für die Sozialdemokraten zu stimmen, und gegen die Versöhler wurde noch unzulänglich geführt. Ferner bleibt die Aufgabe bestehen, die Schlagkraft der Partei durch Heranziehung neuer revolutionärer Kadres zu erhöhen.

Angehts der großen Aufgaben, vor welchen die Partei schon in nächster Zukunft steht, gilt es, diese Mängel mit größter Beschleunigung auszumergen. Das ist die wichtigste Lehre der Wahlen.

Forderungen der Kommunisten für die Gemeindebetriebe

- a) Kommunalisierung und Massenversorgung:
 1. Ueberführung aller gemischtwirtschaftlichen Betriebe und der sogenannten städtischen Aktiengesellschaften in kommunale Regie.
 2. Abgabe von Gas, Wasser und Elektrizität zum Selbstkostenpreis.
 3. Beseitigung der Gas- und Elektrizitätszählermiete.
 4. Weitestgehende Ausdehnung des Verkehrsnetzes aller Verkehrsmittel auch in die noch schwach bewohnten Arbeiter-Vororte.
 5. Verbilligung der Tarife für die arbeitende Bevölkerung; Beseitigung der Ueberschußwirtschaft.
 6. Freie Fahrt auf allen Verkehrsmitteln für alle Erwerbslosen, Kriegsbekämpften und übrigen Unterstützungsempfänger.
- b) Arbeiterforderungen in Kommunalbetrieben:
 1. Erhöhung der Löhne für die Gemeindearbeiter, der Gehälter für die Angestellten und Abschluß der Lohn- und Arbeitszeitbedingungen zwischen Kommunalparlament und Arbeiterklasse.
 2. Sechsstundentag bzw. die 40-Stunden-Arbeitswoche; Verbot jeder Ueberstundenarbeit.
 3. Abschaffung der Lohnkürzungen. — Schaffung von zwei Gruppen für gelehrte und ungelehrte Arbeiter.
 4. Gewährung eines Erholungsurlaubs von mindestens 4 Wochen.
 5. Auflösung der Kommunal-Arbeitgeberverbände und ihrer Tarifverträge.
 6. Einbeziehung der Arbeiter und Angestellten in die Ruhegehaltsordnung der Beamten.
 7. Mitbestimmungsrecht der Betriebsvertretung in den kommunalen Körperschaften.

Der Hauptbetriebsrat für die Ausbeutung der Eisenbahner

Der Hauptbetriebsrat bei der Reichsbahngesellschaft hielt am 24. und 25. Oktober seine Sitzung in Berlin ab. Man mühte annehmen, daß die von den Eisenbahnerkollegen gewählte Personalvertretung in einer solchen Situation, wie sie jetzt ist, über Maßnahmen berät, die den Zweck haben, die Kollegen vor der schändlichen Ausbeutung zu schützen und sie zum Kampf um höheren Lohn und kürzere Arbeitszeit zu mobilisieren. Es dürften aber nicht in der Mehrheit Reformisten sein, die da oben sitzen, und alle Proteste der Opposition mit Abscheu und Hohnschreien abtun.

Obwohl gerade in den letzten Tagen in den Reihen der Eisenbahner lebhaft über den Young-Plan diskutiert wird, denken diese „Arbeitervertreter“ nicht daran, dazu Stellung zu nehmen. Im Gegenteil, gerade die Reformisten sind es, die für den Young-Plan schwärmen und ihn den Eisenbahnern als einen Plan preisen, der ihnen erhebliche Vorteile, den des Weltfriedens, der Rheinlandtäumung usw. bringt. Die reformistische Bürokratie und die im Hauptbetriebsrat zusammenschließende Arbeiteraristokratie tun dies in der Absicht, die Arbeiter zu beschwindeln und über den wahren Charakter des Raubplanes irreführen. Sie wissen genau, daß der Young-Plan die Fortsetzung des Dawes-Planes und damit die Fortsetzung der Ausbeutung der Arbeiterklasse bedeutet. Aber diese Reformisten müssen diesen Weg des Betruges weitergehen im Interesse ihrer kapitalistischen Ausbeuterepublik. Dem Unternehmertum sind sie auf Bebel und Verderb verbunden und können also nicht den Kampf für die Lebenshaltung der Eisenbahner organisieren und führen.

Der Genosse Jendrosch, der als oppositionelles Mitglied im Hauptbetriebsrat ist, hat in der letzten Sitzung diese Rolle der Re-

formisten gebührend festgenagelt. Es war dies um so notwendiger, als gerade in den letzten Tagen vom Hauptvorstand des Einheitsverbandes eine Entschließung angenommen und veröffentlicht worden ist, die dem Betrug an den Eisenbahnern die Krone aufsetzt. Schon die Zusammenkunft dieser Konferenz, auf der die Entschließung gefaßt wurde, ist bezeichnend. Die bezahlten Bonzen des Verbandes beschließen im Namen des Verbandes, der Mitgliedschaft.

In dieser Entschließung heißt es u. a. „daß der Young-Plan, dem Dawes-Plan gegenübergestellt, verschiedene Vorteile bietet für das deutsche Volk und für die Eisenbahner besonders. Es muß anerkannt werden, daß der Young-Plan die Verbrennung des Weltfriedens zu sichern und die Wirtschaft Europas im Interesse der Völker zu entwickeln.“

Und weiter unten: „Sehr wichtige Bestimmungen des Young-Planes entsprechen hingegen keineswegs den berechtigten Forderungen der Eisenbahner. Die Konferenz erwartete, daß die bisherige Benachteiligung des Personals in Bezug auf seine Rechts- und Dienstverhältnisse unbedingt beseitigt wird.“

Solch ein Gewinn und solche Verdrehungen, obwohl es gerade dem Hauptvorstand des Einheitsverbandes bekannt ist, daß der Inhalt des Schlichtungsbeschlusses an Young zur Frage der Eisenbahn anders lautet. Dort heißt es u. a. wörtlich:

„Es ist vorbehalten worden, daß das Organisationskomitee Vorschläge ausarbeitet, wonach der private und unabhängige Charakter der Deutschen Reichsbahngesellschaft aufrechterhalten bleibt. Ich bin gebeten worden, darzulegen, welche wesentlichen, zurzeit bestehenden Bestimmungen in dieser Richtung bewahrt werden“

Waldenburger Bergland

An die Belegschaft der Fuchsgrube

Am Montag, um 17 Uhr (5 Uhr nachmittag) und am Dienstag, um 9 Uhr (vormittags) findet im „Deutschen Hause“ die Belegschaftsversammlung der Fuchsgrube statt. U. a. Stellungnahme zum Mantelstreik. Kameraden, sagt es einer dem anderen! Reklamesches Erscheinen ist notwendig!

Katastrofe! In Sandberg wurde die Ehefrau des Maschinenmeisters Neubeder beim Überfahren der Straße von einem Auto überfahren. Sie erlitt einen schweren Schädelbruch und liegt hoffnungslos darnieder. — Ebenfalls in Sandberg ließ der Motorradfahrer Dintrode mit einem Auto zusammen. Er erlitt einen Unterschenkelbruch.

Reihschein. Ein Volkstanzabend findet am Sonntag, dem 8. November, von 18—18 (nachm. 4—6) Uhr im dem Gasthaus zum „Deutschen Hause“ statt.

Freiburg

Nur Kommunisten werden gewählt

„Som „Vollbegehren“ zur Gemeindevahl in Jirlau Das von der deutschen Reaktion eingeleitete Vollbegehren hat bei der hiesigen merkwürdigen Einwohnerschaft wenig Anklang gefunden. Ein großer Teil der sich in die Listen eingetragenen Personen sind Frauen. Bis zum 26. Oktober hatten sich hier 44 Personen eingetragen, wovon die männlichen, den Berufsangaben entsprechend, fast ausschließlich der Landwirtschaft angehören. Gegen dieses Vollbegehren hielt die hiesige Ortsgruppe der SPD. eine Versammlung ab, welche trotz der Reklame durch Lautsprecher-Auto einen mäßigen Besuch aufwies.

Schon heute machen wir auf die am 15. November, 20 Uhr, im „Weißen Hof“ stattfindende öffentliche Wählerversammlung der SPD. aufmerksam. Unser Wahlvorschlag ist eingereicht und beginnt die Liste der Kandidaten mit Engler, Dölar, Fabrikarbeiter; Hermann, Alfred, Fabrikarbeiter; Süßenbach, Fritz, Bauarbeiter; Günther, Martin, Zimmermann; Grothe, Fritz, Eisenbahner, usw. An der Jirlauer Arbeiterschaft wird es liegen, unserer Liste entsprechende Stellung zu verschaffen, und zwar dadurch, daß ein jeder dafür sorgt, daß Klassenbewußte Werttätige ihre Stimme nur für die kommunistische Liste abgeben.

Arbeiter-Sportkartei. Schon heute sei auf die am Totensonntag stattfindende Werbeveranstaltung im Freiburger Gesellschaftshaus hingewiesen. Reichhaltige Darbietungen. Näheres siehe durch Programme, die in den nächsten Tagen schon zu haben sind. Preis 30 Pfennig. Erwerbslose und Jugendliche unter 17 Jahren zahlen 20 Pfennig. Arbeiter von Freiburg und Umgegend, unterstützt diese Veranstaltung.

Vollband für Mutterchutz und Sexualhygiene. Sonnabend, den 2. November, 20 Uhr, in der „Stadt Wien“ öffentliche Aufklärungsversammlung. Thema: „Mutterchutz und die Stellung der Frau zu den Kommunalwahlen.“

Striegau

Am Sonntag erscheint rektlos!

Parteilosen und Parteigenossen, macht euch frei für Sonntag, den 8. November, zur Arbeit für Partei und Presse. Hundertprozentiges Erscheinen ist Pflicht. Empfang der Zeitung Sonnabend 16.30 Uhr beim Genossen Magel, Steinstraße 2. Sonntag 8 Uhr pünktlich in der „Stadt Breslau“.

Schweidnitz

Trotz alledem: Wählt Kommunisten!

In Ihrem Kampfe gegen den Kommunismus hat sich die Schweidnitzer Kreisverwaltung wieder einmal ein Stückchen abgesetzt. Sie hat den Wahlvorschlag der SPD. für den Kreisstag abgelehnt! Die Liste wird abgelehnt mit der Begründung, daß sie verspätet eingetroffen sei. Tatsache ist, daß der Wahlschluß telephonisch die Liste gemeldet erhielt. Außerdem fand eine mündliche Besprechung mit dem Landrat und dem Genossen R. statt, in welcher der deutsch-nationale Landrat v. Salich gestattete hat, den Vorschlag bis 24. Oktober, vormittags 10 Uhr, einzureichen. Laut Mitteilung des Wahlschusses an den ersten Vertrauensmann wurde der Vorschlag am 24. Oktober, 9.30 Uhr, eingereicht; also innerhalb der

gesetzten Frist. Der Wahlschluß, der aus vier Vertretern der bürgerlichen Parteien zusammengesetzt ist, glaubt, hier in Schweidnitz wolle gegen die kommunistische Partei vorgehen zu können. Es ist gegen dieses Verhalten des Landrats und des Wahlschusses Protest eingelegt. Ob der Protest Erfolg haben wird, ist sehr fraglich. Jeder, der sonst die kommunistische Liste gewählt hätte, wird nun in seinen Stimmzettel „SPD.“ hineinschreiben.

Landeshut

Öffentliche Wählerversammlung

Sonnabend, den 2. November, 20 Uhr, spricht im Schloßhaus der Landtagsabgeordnete Genosse D. Buch zu den kommenden Wahlen. Arbeiter und Arbeiterinnen! Genosse Rechtsanwalt D. Buch wird an Hand der Tatsachen die verräterische Rolle der Sozialdemokraten in der Koalitionregierung sowie die skrupellosen Lügen der mit den Sozialfaschisten verbundenen Nationalsozialisten gehörend behandeln. Auch die örtliche Einstellung der sogenannten Arbeitervertreter im Stadtparlament und Kreisrat durch Sozialdemokraten und Christliche wird unter die Lupe genommen werden. Agiliert und werdt deshalb für einen guten Besuch.

Um die Mähe in den Tod. Auf der Chaussee nach Landeshut wollte Gastwirt Lander aus Schwarzwaldbau mit seinem Fuhrwerk einem Auto ausweichen. Hierbei verlor er die Mähe. Als er sich nach dieser Bilde, wurde er vom eigenen Wagen überfahren. In hoffnungslosem Zustand wurde der alte Mann vom Platze getragen.

Bier Kandidatenlisten in Gottesberg

H. P. Gottesberg kann nun mit vier endgültig aufgestellten Kandidatenlisten zur Stadtverordnetenwahl aufwarten. An der Arbeiterschaft wird es nun liegen, am 17. November ihr Urteil über die Kandidaten so zu fällen, daß sie bei dem großen Reinemachen ganze Arbeit leisten. Jedem denkenden Arbeiter muß klar geworden sein, in wessen Interesse die bürgerliche Arbeiterschaft als Ganzes zusammengestellt wurde. Sämtliche reaktionären Parteien und Vereinen fanden sich hier zusammen und bildeten eine „Bürgerliche Arbeitsgemeinschaft“. Angefangen bei der Deutschen Nationalen Partei, der Deutschen Volkspartei, den Stahlheim- und Nazi-Gruppchen, alles ist in einem Topf zur wohlwollenden Arbeitervertreter-Politik vereinigt. Zur Verschleierung gebraucht man einen Dedmantel. Diesen Dedmantel bilden die auch-Arbeiter, die die Listen der reaktionären Parteien zieren. Die Kandidatenliste der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft beginnt mit dem Bergbauer J. J. J. aus Koflau. Noch bei der letzten Stadtverordnetenwahl präsentierte uns diesen famosen „Arbeiter“ die sozialdemokratische (!) Kandidatenliste. Der „Sozialdemokrat“ J. J. J. rückte ins Parlament ein, wo er bald den Weg fand, den alle „Sozialfaschisten“ einschlagen.

den Weg zu den offenen Fäschichten. Es ist ja gar kein so großer Schritt mehr aus dem Lager der reaktionären Sozialdemokraten bis zur Arbeiterschaft, aber dennoch wert, festgenagelt zu werden. Sehen wir uns einmal die nachfolgenden Kandidaten der Liste an. Lehrer oder Rektor Friede als Stadtbekannter „Kögelmeier“, der seinen Senf zu jedem Dreck an anderer Stelle verzapft. Ihm folgt der Baumeister Walter J. J., der den Arbeitern die hohen Löhne beschreit und selbst nicht Tariflohn zahlt. (Jugendliche Arbeiter von 15—16 Jahren ganze zehn

Pfennig Stundenlohn bei Abbrucharbeiten!) Dann kommt wieder eine unbekannte Schule, ein „Arbeiter“ H. J. J. Ihm folgt ein Arbeiter an der Elbe, Steiger Neumann, und der deutschnationalen Baumeister Schmelz.

So wie bei der ersten Liste, steht es genau bei der zweiten Liste, der des J. J. J. Auch hier müssen ein Lehrer und ein „Arbeiter“ an der Spitze als Stedenpferd beim Wahlstimmenfang dienen. Beschäftigten wir uns zunächst bloß mal mit dem Bergbauer Hugo J. J. Wer kennt ihn noch nicht? Viel Unterschied zwischen ihm und J. J. J. besteht nicht. Es folgt auf der Liste Kaufmann W. J. J., bei dem die Freidemokraten und Dissidenten sich bedanken werden, die „katholischen“ Zentrumswahlen einzuholen, sowie die stille Beterin Lehrerin J. J. J. Dieser folgt Hugo J. J., als Baumeister und auch als Lohnrücker bekannt. Ihm folgt dann ein verführter Arbeiter, und so fort.

Die Sozialdemokraten wollen ihrer Liste ein rabiales Gesicht geben, indem sie die Hälfte ihrer Genossen, die meist Lehrer waren, weglassen. Aber es erscheinen auch hier wieder diejenigen, die am wenigsten durch Klassenkampf vorwärts wollen, sondern durch Uebere- und Beichheit in ihre Lebenslage zu verbessern suchen, die stets „kleinere Uebel“ wählen, und mit ihren Freunden vom Zentrum und der Bürgerlichen Arbeitsgemeinschaft wie bisher stimmen werden.

Arbeiter, laßt euch nicht von den süßen Versprechungen verleiten, Sozialdemokraten zu wählen, denn auch von diesen werdet ihr ver-raten und verkauft, wie dies seit 1918 in all den Jahren bewiesen wurde. Wir rufen euch zu: Wählt Kommunisten, aber wählt nicht nur, sondern helft uns kämpfen für Befestigung der bürgerlichen Gesellschaftsordnung und für den Aufbau des Sozialismus!

Gartenstr. 52 Liebich gegenüber



DER HERR

Das Konfektionshaus der hohen Leistung bewirbt sich auch um Ihre Kundschaft

Von 35.- Mk. an bekommen Sie schon einen **modern. Ulster** auf Rohhaar und reinem Leinen verarbeitet

Anzüge, Paletots, Joppen gleichfalls in guter Verarbeitung und trotzdem **außerordentlich billig**

Die niedrigen Preise erklären sich durch den kürzesten Weg vom Hersteller zum Verbraucher

Besichtigen Sie unsere Auslagen und lassen Sie sich o h n e Maßzwang von uns beraten



Dieser fesche Hut ist besonders weich gearbeitet und sehr kleidsam **5,75**

H. Tschowen Reusche Str. 47

Leser! Berücksichtigt beim Einkauf von Waren nur unsere Inserenten!

Cremers Tapetenhaus

Tapeten 18 Pf. | Farbdekorations 1.60

in groß. Ausw. Rolle v. 1 kg-Büchse

Breslau, Alte Taschenstr. 22

Telephon: 21967

Reichelt

Der Liter feinsten Likör kostet nur **2.80 RM.**, selbsthergestellt mit

B. Reichelt Likörpulver

Paket 4 60 Pfg., reicht für 7-2 Liter Likör

so fein und alt schmeckend, daß selbst der Kaiser entückt ist. Kinderleicht herzustellen. Mischungen aus geschlossenen Erpackung bis zur Hälfte des sonstigen Preises. Für jeden Geschmack, für jede Gelegenheit der richtige Likör!

Nur echt mit dem Reichelt-Zeichen

Preis nur 60 Pfg.

à Paket 10 Stück sortiert 6 Rank fracko per Nachnahme.

B. Reichelt, Breslau 6, Berliner Straße 72

Deberst. 100-100. Ladungsschiffe und Reklame redakt.

Metallbetten
Polstermatratzen
billigst
Eisenhandlung
Franz Neumann
Inh. Herm. Pohl
Schweidnitz, Ring 38



Fußbekleidung

kauft man am preiswertesten im

Schuhhaus Förster
Schweidnitz
Langstraße 6

II. Fleisch- und Wurstwaren
Max Frubrich, Schweidnitz
Reichenbacher Straße 5

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
Schweidnitz / Frühstückstube

Zieh' Schuhe an von **Heinemann**
Striegau, Wittigstraße

3 Läden


soigen in bester Weise für Ihr leibliches Wohl!

Ring 8b
Wilhelmstraße 1
Germaniaplatz 5

Karl Gmyrek, Gleiwitz

Trinkt Lecinerv, Vitavin
in allen Apotheken und Drogerien erhältlich

Alois Henschel & Co.
Breslau, Brunnenstr. 34 u. Tauentzienplatz 6



Inscrate haben in unserer Zeitung **guten Erfolg**

Beier & Olowinsky G.m.b.H.
Breslau, Herronstr. 31 u. Schweidnitzer Str. 10/11
Auch gegen monatliche Ratenzahlung ohne Aufschlag

Die letzte Stadtverordnetenversammlung vor den Wahlen

„Wuwa“-Defizit — Wirk-Standal Flaggenbeschaffung

Dafür hat es Geld — aber für die Notleidenden ist keins vorhanden

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war die längste aller bisherigen Sitzungen. Sie dauerte bis nach 0,30 Uhr nachts. Alle auf der Tagesordnung stehenden Vorlagen — 50 an der Zahl — sollten noch aufgearbeitet werden, bevor dieses Stadtparlament sein Leben aushauchte. Die Breslauer Proleten werden ihm keine Träne nachweinen; es hat ihnen nur Negatives gebracht.

Die Sitzung begann mit der debattierten Erledigung von fast der Hälfte aller Vorlagen in knapp einer Viertelstunde. Doch dann gingen die langen Reden los. Angefangen von dem Wältschen Stein bis zu Herrn Keim wurden bombastische Ansprachen gehalten, deren Zweck offensichtlich war: Eindruck zu schinden in der letzten Sitzung um des bevorstehenden Wahlkampfes willen. Die einzigen, die das nicht nötig hatten, waren die kommunistischen Stadtverordneten. Sie brauchen den „Rud auf den 17. November“ nicht vorzunehmen. Sie haben in der vergangenen Legislaturperiode in jeder Sitzung die Interessen der werktätigen Bevölkerung vertreten und hatten demzufolge den Krampf um einen „guten Abgang“ nicht notwendig.

Zu allen Fragen legten die kommunistischen Stadtverordneten geltend noch einmal ihre Stellung klar. Bei der Vorlage über die Umschreibung von Kontenblättern der Betriebswerke verlangte Genosse Jylla, hierzu nur angestellte Angestellte vom Wohlhabenden überweisen zu lassen. Außerdem dürfe die Arbeit nicht im Afford, sondern müßte nach festem Gehalt ausgeführt werden. Der Magistratsvertreter sagte Erfüllung dieser Forderungen zu. — Gegen einen Verkauf städtischen Geländes in der Märkischen Straße zum Preise von 1,65 Mark pro Quadratmeter erhob Genosse Jylla Einspruch und schlug drei Mark vor. Die Vorlage wurde in den Ausschuss verwiesen. Zu dem von uns bereits mitgeteilten Standal, daß die Breslauer Hausbesitzer, in deren Häusern sich städtische Schulen befinden, die Hauszinsen unter laut Reichsgerichtsurteil in den Nachen geworfen bekommen, nimmt ebenfalls Genosse Jylla das Wort und prangert diesen unerhörten Standal in scharfen Worten an. Er verlangt, daß bei Abschluß neuer Mietverträge ausdrücklich festgelegt werde, daß der nicht zu zahlende Hauszinssteueranteil der Stadt zufalle. — Genosse Dombrowski wendet sich gegen die Anstellung zweier konfessioneller Stadtschulräte, die von der Bevölkerung, die zu ihrem großen Teile nichts mehr mit der Kirche zu tun haben will, als Provokation empfunden wird. Dem Pfaff Sappel ist über diese Kennzeichnung sehr empört. Im übrigen handelt es sich nur um ein „Anhören“ der Stadtverordneten; gewählt sind die neuen Schulräte bereits durch den Magistrat. — Gegenüber dem Versuch, die Anstalt über die luxuriöse Ausstattung der Amtszimmer der Stadträte als einen hässlichen Streifen zwischen Deutschnationalen und Zentrum darzustellen, weist Genosse Dombrowski darauf hin, daß hierfür der Magistrat verantwortlich sei; hier solle Mitleid geben, wieso es komme, daß trotz des in der Stadt herrschenden Elends für die Ausstattung eines einzigen Stadtratzimmers (des dahingelassenen Stadtrats Ulfsohn) 10.000 Mark (zehntausend!) verpulvert wurden. Der Magistrat hält sich trotz dieser Angriffe in Schweigen; Schweigen ist auch eine Antwort, und in diesem Falle ein Einverständnis der Schuld. — Zu erhellenden Szenen kommt es bei der Besprechung der Vorlage, 0,700 Mark für die Beschaffung von Fahnen zu bewilligen. Mit toderntem Schlicht und einer Stimme, die aus Grabes Tiefe zu kommen scheint, fragte der „Nirle“ Sozi Stope, warum Stadtverordneter Hallspaap, der doch als Nationalreformer in und mit der Republik gute Geschäfte mache, von den Reichsbarben „Schwarzrotgoldgelb“ gesprochen habe. Allgemein ist darüber die Erschütterung auf den sozialdemokratischen Wänden. Wenn das schon am grünen Holze der „Republikaner“ geschieht (Hallspaap ist früherer Demokrat!) — nein, da packt es sogar den „Revolutionär“ Eastein, und an die Presseband eilend, erteilt er seinem Schreckkommiss den strikten Befehl, die „Sache gut aufzumachen“. (Sonst Strafarbeit! Fünfjährig! Mal schreiben! „Geld sagt er für Gold“ und dazu Nachzügler beim Donner. Das war doch gelacht, wenn er „nicht lernen würde, wie man die Republik „gut aufmacht.“) Genosse Jylla geißelt das Verhalten des Magistrats, der auf der einen Seite von der ungeheuren Not redet und auf der anderen

zur Rede gestellt. Der Antrag des Zentrums bewiese dessen Wohlklang. Die Kommunisten werden die Mieter aufklären und dafür sorgen, daß die Beschränkung des Zentrums, Tausende von Mietern könnten von dem Bürgerum abwandern, Wirklichkeit wird. — Der Zentrumsantrag wird angenommen, und zwar mit den Stimmen der SPD, die damit die eigenen „Genossen“ in der Mietergruppe — zwei von ihnen sind Sozialdemokraten — desavouiert.

Bei der Behandlung der kommunistischen Anfrage betreffs Senkung der Neubaukosten um 20 Prozent droht der Vorsitz die Sitzung aufheben zu lassen, da Genosse Adelt sich vor allem die sozialdemokratischen Lügner vorknüpft, die mit dreizehn persönlichen Angriffen in den Versammlungen treiben gehen. Es hagelt „Verwarnungen“, „Ordnungsrufe“, bis schließlich

erneut ein kommunistischer Antrag angenommen wird, in dem noch einmal die 20 Prozent Mietenenkung gefordert wird.

Dann kam der bereits gestern von uns veröffentlichte Antrag der kommunistischen Fraktion auf Beseitigung der Pflichtarbeit und Neuordnung der Entlohnung für die ebenfalls bezahlten Büronotstandsarbeiter zur Beratung. Genosse Jylla bezeichnet die Pflichtarbeit als neue Form der Sklaverei. Die Pflichtarbeit müsse sofort beseitigt werden. Es ist ein Standal, daß die Notlage der Angestellten ausgebeutet wird, um billige Arbeitskräfte zu erhalten. Die Büronotstandsarbeiter beziehen trotz der gestiegenen Lebensmittelpreise immer noch die Hungerlöhne, die 1928 festgelegt wurden und 75 bis höchstens 91 Pfennige die Stunde betragen.

Das Wuwa-Defizit

Auf eine Anfrage über das voraussichtliche Defizit erklärte Bürgermeister Machs,

daß der Fehlbetrag sich auf 500.000 Mark belaufe, von denen die Stadt 350.000 Mark zu decken hat. 100.000 Mark fallen auf die Provinz. (Zuruf Dombrowski: Auch diese 100.000 Mark müssen die Werktätigen aufbringen!) 50.000 Mark fallen auf die

Wesegesellschaft. Machs versichert, daß zu diesem Defizit noch die 250.000 Mark Zuschuß hinzukommen. Ferner erzählt man, daß die Beschäftigung mit 450.000 Mark Mitteln der Provinz und mit 350.000 Mark Mitteln des Kleinwohnungsbaus erledigt werden. Die arbeitenden Wähler werden am 17. November auch über den Standal, den Machs durch Rechenkünftchen verschleiern will, urteilen.

Nach Mitternacht kam dann endlich der kommunistische Antrag auf

Einschubung einer Untersuchungskommission

zwecks Prüfung des Wirk-Standals und Untersuchung des städtischen Vermögens zur Beratung. Der Antrag wurde vom Genossen Adelt, der die Korruption als Begleiterscheinung des Verkaufens des Kapitalismus kennzeichnete, wirksam behandelt. Unser Genosse weist nach, daß Wirk Lieferungen erhalten hatte, weil er an städtische Beamte Geschenke gegeben hat und sich der Gunst des deutschnationalen Bürgerdeputierten Reefe, den die Sozialdemokraten trotz seiner Haltung im Kapp-Putsch im Amt gelassen hatten, erfreute. Die Arbeiten des Wirk wurden weit über Preis bezahlt. Es wurde über die Kostenanschläge weit hinausgegangen. Er verlange die Einschubung eines Untersuchungsausschusses unter Hinzuziehung von Vertretern des Beamtenausschusses und des Gesamtbetriebsrates. In einer ellenlangen Erklärung versuchte der Magistratsvertreter Weh die Anklagen unseres Genossen abzuschwächen. Nach einem Zusatzantrag von Eastein wurde der Antrag unserer Genossen dahingehend angenommen, daß eine 13gliedrige, aus allen Parteien bestehende Kommission unter Hinzuziehung von Vertretern des Beamtenausschusses und Gesamtbetriebsrates gewählt wird.

Mit der Einschubung der Untersuchungskommission ist der Wirk-Standal natürlich nicht erledigt. Unsere Genossen werden im Wahlkampf die Korruption und die Verschwendung der städtischen Bürokratie gehärend anprangern und die Massen zum Kampf mobilisieren. Das alte Stadtparlament hat gestern zum letzten Male getagt. Rühmlich gilt es, auch in Breslau den Wahlkampf zu steigern, den breiten Massen an Hand der Ergebnisse der „linken“ sozialdemokratischen Politik im Rathhaus zu zeigen, in Verbindung mit der Kennzeichnung der sozialfaschistischen Politik im Reich, wie diese „Arbeitervertreter“ mit ihren Interessen Schindluder getrieben haben.

Von sonstigen wichtigeren Vorlagen wurden noch erledigt: Zustimmung zum Anbau der Friedrich-Ebert-Schule in Jumbel; Annahme des Antrages, daß dem Bau von Wälschischen, Trodenböden, Brauereien und Pannenhäusern für den Wohnhof Bergstraße zu beginnen; Zustimmung zum Antrage, den Kleingeldbesitzigen 140.000 Mark Winterhilfs-Parkchen zu geben.

Gegen die Hungeroffensive der Regierung

Die gestrige „Bergteller“-Versammlung — Wahl von drei Genossen zum Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition

Gestern abend referierte Genosse Kädel, Dresden in der von der Partei einberufenen öffentlichen Versammlung über „Arbeiter-schaft, Sozialpolitik, Kommunalwahlen“. Unser Genosse, ein Spezialist auf dem Gebiete der Sozialpolitik, zeichnete in großen Zügen die sich von Jahr zu Jahr steigende Offensive der Unternehmung gegen die Sozialpolitik. Im Grunde mit der SPD, und der Gewerkschaftsbürokratie führen sie in Reich, Staat und Gemeinde den Kampf auf Herabsetzung der Ausgaben für die Erwerbslosen, Arbeits- und Kriegspolizei, Wohlfahrtsempfänger usw. Besonders eingehend behandelte Genosse Kädel das Arbeitslosenverhältnis. Seine detaillierten, mit beweiskräftigem Material belegten Ausführungen wurden von der Versammlung mit großem Interesse aufgenommen. Jedem Arbeiter wurde klar, welches ungeheure Verbrechen die Sozialfaschisten mit der Annahme des Hungergesetzes begangen hatten. Unter Enttäuschungsbedingungen der Versammelten zeigte Genosse Kädel die Wirkung der Schandbestimmungen des Hungergesetzes auf. Die Unterstützungsberechtigten über 21 Jahre haben jetzt eine Karenzzeit von sechs Tagen, die unter 21 Jahre alten Erwerbslosen haben eine Hungerfrist von vierzehn Tagen. Arbeiter, die auf dem Lande wohnen und in der Stadt arbeiten, haben bei evtl. Unterstützungsbezug nur Anspruch auf den Satz, welchen die Landarbeiter beziehen. Stehen noch Familienmitglieder in Arbeit, so gibt es überhaupt keine Unterstützung. (Lebhafte Pfuirufe.) Wenn ein Erwerbsloser, der mit den Hungerlöhnen nicht leben kann und sich etwas hinzuverdienen will, bei gelegentlicher Arbeit ertrappt wird, so hat er nach dem Hungergesetz, das die Sozialfaschisten noch als Fortschritt preisen, die brutalsten Maßnahmen zu erwarten. Die Unterstützung kann auf die Dauer von acht Wochen, ja sogar auf die Zeit von sechs Monaten gesperrt werden. Genosse Kädel schilderte ferner die Schandpläne zur Verringerung der Unterstützungslöhne bei den Krankenkassen, kennzeichnet die Sparpolitik in den Gemeinden und zeigte die großen Zusammenhänge zwischen Young-Plan und Ausplünderung der Arbeiter-schaft und schloß mit der Aufforderung, auf allen Fronten des Klassenkampfes den Kampf gegen die Hunger- und Kriegspolizei der Müller-Silberding-Regierung zu steigern. Er wies besonders auf den Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition, der am 30. November und 1. Dezember stattfindet, hin. Erwerbslose, Betriebsstättige, Arbeits- und Kriegspolizei müssen sich in einer Front zusammenschließen. Am 17. November gilt es, überall durch Wahl der kommunistischen Liste dem Kampfpollen der Arbeiter-schaft Ausdruck zu geben. An die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen des Genossen Kädel schloß sich eine kurze Diskussion, an der vier Genossen teilnahmen. Sie kennzeichneten ebenfalls die Verbrechen der Sozialfaschisten an der Arbeiter-schaft. Nach dem Schlußwort des Genossen Kädel wurden drei Genossen gewählt, welche am 30. November und 1. Dezember am Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition teilnehmen werden.

Unterstützungsausschusses. Es ladet ein die revolutionäre Gewerkschaftsopposition.

Plakonzert im Westen

Heute Freitag 19 Uhr Plakonzert am Striegauer Platz, ausgeführt vom Arbeiter-Musikverein „Fortschritt“. Arbeiter, Arbeiterinnen, erscheint zahlreich.

Wahlkundgebung in Schottwitz

Sonntag, um 11 Uhr, spricht auf dem Dorfsplatz Genosse Provinziallandtagsabgeordneter Dombrowski-Breslau über „Massenverelendung, die Folgen bürgerlich-sozialdemokratischer Reaktionspolitik.“ Bewohner von Schottwitz und Umgebung! Erscheint zahlreich. Kommt und hört, was auch die Kommunisten zu sagen haben. Von Breslau erscheint die Arbeiterwehr Nord.

Schauspielhaus. Morgen Sonnabend Premiere der „Flebermaus“. Um 16 Uhr Rollappeln und der Waff. Sonntag drei Vorstellungen: 14 Uhr „Rollappeln“, 18,30 Uhr „Friederike“, 20 Uhr „Die Flebermaus“. Donnerstag, 7. November, Premiere von „Maretta“, Operette von Oskar Strauß.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Breslau:
 - Stadtrat Ost. Freitag 19 Uhr bei Dombrowski Funktionärsitzung von sämtlichen Organisationen. Funktionäre müssen der Partei angehören. Erwerbslosenversammlung bei Dombrowski 18 Uhr, dafür Jugendversammlung.
 - Stadtrat Zentrum. Freitag 20 Uhr bei Krüdtl, Watergasse 27, Mitarbeiterversammlung.
 - Stadtrat West. Sonntag 18,30 Uhr Eintreten sämtlicher Organisationen am Striegauer Platz.
 - Kommunistischer Jugendverband:
 - Breslau:
 - Alle erwerbslosen Jugendgenossen treffen sich Freitag 17 Uhr bei Melzja, Wasserstraße 43.
 - Alle Jugendlichen müssen der Partei angehören. Erwerbslosenversammlung bei Dombrowski 18 Uhr, dafür Jugendversammlung.
 - Stadtrat Zentrum. Freitag 20 Uhr bei Krüdtl, Watergasse 27, Mitarbeiterversammlung.
 - Stadtrat West. Sonntag 18,30 Uhr Eintreten sämtlicher Organisationen am Striegauer Platz.
 - Freiburg. Freitag 19 Uhr im neuen Jugendbetriebsversammlung. Mitglieder der Gewerkschaft, Sport- und Kulturorganisationen sind mitzubringen.
 - Antifaschistische Arbeiterwehren:
 - Breslau:
 - West. Freitag 19,30 Uhr trifft sich alles im „Analerbeim“.
 - Arbeiterwehr Oberort. Sonntag 12 Uhr Eintreten am Marktplatz, August Admarck nach Schottwitz.
 - Arbeiterwehr West. Sonntag 6,30 Uhr Admarck vom „Analerbeim“.
 - Klein. Arbeiterwehr. Heute Freitag 19,30 Uhr Eintreten am Friedrichsplatz. Erhaltenen Bericht.
 - Sonstige Organisationen:
 - Breslau:
 - Internationaler Bund der Kriegspolizei. Freitag Mitarbeiterversammlung, Wasserstraße 21. Gäste willkommen.
 - Striegauer. Berlin der Freidenker. Freitag 20 Uhr Mitarbeiterversammlung in der „Nirle-Schmiede“. Zutritt allen Besuch erwartet der Vorstand.
 - Freiburg. West. Freitag 19 Uhr im „Analerbeim“ wichtige Versammlung. Jeder Genosse und jede Genossin muß erscheinen.
 - Freiburg. Nord. Freitag 19,30 Uhr Eintreten am Friedrichsplatz. Große öffentliche Mitarbeiterversammlung.

Todessturz eines Schupooffiziers

Der Major von Brohm, der Leiter der berittenen Schupo-Polizei in Breslau, ist gestern bei einer Reifjagd (!) in der Nähe von Opperau mit seinem Pferde gestürzt. Er erlitt hierbei eine Rückenverletzung, an der er heute nacht verstorben ist.

„Kommunalarbeiter und Kommunalwahlen“

ist das Thema der öffentlichen Versammlung für Gemeinde- und Staatsarbeiter am Montag, dem 4. November um 20 Uhr in den „Hubertuskäfen“, Friedrich-Wilhelm-Straße 32. Es spricht Landtagsabgeordneter Schwenk-Berlin, der Vorsitzende des Klaret-

Das Konfektionshaus der hohen Leistung, Gartenstraße 52, gegenüber Weidich, hat vor einigen Tagen eröffnet. Wir haben uns überzeugen können, daß es für alle Preise die richtigen Qualitäten zu den niedrigsten Preisen bietet. Unseren Lesern empfehlen wir, vor dem Einkauf eines Kleidungsstückes die Beschäftigung seiner Schaufenster, oder, noch besser: Sie lassen sich, natürlich unverbindlich, alles vorlegen. Siehe heutiges Inserat.

Niederschlesien

Sozialdemokratischer Spitzenkandidat wird von Arbeitern verjagt

Als eine letzte Warte entpuppt sich der ADGB-Sekretär Schulz. Nachdem die auf dem Görlitzer Flugplatz beschäftigten Arbeiter unter Führung der Kommunistischen Partei eine Reihe von Verbesserungen durchgedrückt haben, versucht jetzt Schulz das schwindende Vertrauen der Arbeiter zu den Gewerkschaftsführern zu retten. Er hatte eine Belegschaftsversammlung für die Flugplatzarbeiter einberufen; weil es aber an diesem Tage regnete, war er nicht erschienen. Da die Arbeiter während des ganzen Tages in diesem Regen arbeiten mußten, hört diese Herrschaften nicht. Die Hauptfrage, die Schulz im „Trockenen“ als Schulz am Mittwoch wieder erhebt, haben die Proleten diesen sauberen Burschen beim Ansehen, indem sie erklärten, heute hätten sie keine Zeit für ihn. Da Schulz nun schließlich doch etwas für sein Gehalt, das er aus Arbeitergrößen bekommt, tun muß, versuchte er am Donnerstagmorgen nochmals sein Glück. Doch erlief er am Donnerstagmorgen, wie man denkt, als Schulz in der Baubude erschien, wurde er regelrecht rausgeschmissen. Die Arbeiter hatten nämlich erfahren, daß Schulz sich bei dem Meister erkundigt hat, ob er mit den Arbeitern zufrieden ist. Hier zeigt sich wieder die ganze Erbarmlichkeit dieses Burschen, der seine Eigenschaften, gegen die Arbeiter vorzugehen, so bereits gut demonstriert hat bei der seinerzeitigen Gewerkschaftsversammlung des ADGB im Konzerthaus. Pflicht eines Arbeitervertreters ist es, sich bei den Arbeitern zu erkundigen, wie sie mit dem Meister zufrieden sind, und nicht umgekehrt.

Für Montag ist eine Belegschaftsversammlung einberufen, in der ein Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition zu den Arbeitern sprechen wird. Die Arbeiter des Flugplatzes gestalten dem Schulz, an dieser Versammlung teilzunehmen. Von Montag ab soll anstatt wie bisher sieben Stunden, nur noch sechs Stunden gearbeitet werden. Die Obleute haben bereits mit dem Magistrat verhandelt wegen Verbeibehaltung des Siedenstundentages. Die Forderung der Arbeiter muß sein, sieben Stunden und 20 Prozent Lohnhöhung, Bezahlung der Regentage bzw. -stunden.

Für diese Forderung, die die Obleute vertreten werden, müssen die Arbeiter kämpfen. Dazu ist notwendig, daß alle Wohlfahrtsunterstützungsempfänger in die Kampffront einbezogen werden. Das heißt vor allen Dingen Ablehnung der Arbeitsannahme, solange die Arbeiter auf dem Flugplatz im Kampfe stehen werden. Eine weitere Forderung ist

Erhöhung der Wohlfahrtsunterstützung auf 80 Prozent des Lohnes, der augenblicklich den in Arbeit stehenden ausgesetzten Unterstützungsempfängern gezahlt wird.

Unter der Führung der revolutionären Gewerkschaftsopposition müssen sich die Arbeiter Kampfleitungen schaffen. In Belegschaftsversammlungen müssen sie Delegierte zum Reichstongreß der revolutionären Gewerkschaftsopposition wählen.

Schulz steht an zweiter Stelle auf der Kandidatenliste der SPD. Am 17. November wird die Arbeitererschaft diesen Leuten die Quittung

geben. Am 17. November wird die Liste der Kommunistischen Partei gewählt!

Görlitz

Die Frau ermordet?

Eine schreckliche Bluttat spielte sich in der Nacht zum Donnerstag im Hause Kamenzner Straße 14 ab. Der Postgel wurde gemeldet, die im zweiten Stock wohnende Ehefrau Albrecht Grander habe Selbstmord durch Erschießen verübt. Da das Ehepaar jedoch in letzter Zeit in Streit lebte und sich die Ehefrau seit über zehn Tagen von ihrem Manne zurückgezogen hatte, entstand der Verdacht, daß sie von ihrem Ehemanne ermordet worden ist. Verdächtig war, daß die Frau mit einer Kugel im Kopfe auf dem Sofa ausgestreckt lag, die Pistole recht eigenartig in der linken Hand hielt und den Daumen am Abzugshebel hatte. Der Ehemann wurde unter dem Tatverdacht verhaftet. Er wird bereits im Zeit gelegenen haben, als im Nebenzimmer gegen 11 Uhr der Schuß gefallen sei.

Die Liste der Bornehmen!

Vor einigen Tagen veröffentlichte die SPD ihre Kandidatenliste; unter der Veröffentlichung steht gleich: „Nur für Herrschaften.“ Die Leser sind sich nun wohl auch klar geworden, daß diese Liste „nur für Herrschaften“ in Frage kommt. Bisher hatte die SPD 17 Stadtverordnete. Sehen wir uns nun einmal ihre neue Liste bis zur Nummer 17 an. Da hat man glücklich ganze zwei Betriebsarbeiter darunter, die anderen fünfzehn sind Bonzen und solche, deren soziale Stellung im Staate als gelöst betrachtet werden kann. Sogar einen Fabrikbesitzer findet man dabei. Die Arbeiter sind soweit hinten gelöst worden, daß es offensichtlich ist, daß sie nur als Mittel zum Zweck benutzt werden. Erst kommen die „Kanonen“ der stolzen SPD, dann kommen diejenigen, die für die „Großen“ die Kohlen aus dem Feuer holen müssen. Bei der Agitation, beim Flugblattverteilen und beim Werben können ja die anderen gehen, die Bonzen usw. sitzen im Posthaus. Warum hat man wohl den schwarzrotgoldenen General Thrun an 41. Stelle gesetzt? Hat man Angst gehabt, daß er anstatt in den Sitzungssaal nach dem Ratkeller gehen wird? Thrun ist doch überall „bekannt“. Bei der Verdingung seines Kameraden Kiech wurde er nachmittags auf der Berliner Straße so „bekannt“, daß er in eine Frühstücksstube schlüpfen mußte. Viele sagten: „Ist der Kerl aber besoffen!“ Das ist recht unartig, einem General so etwas nachzusagen. Deswegen sollte man wohl einen so krankhaften Menschen nicht an ausschicksreiche Stelle. Die beiden „Nächsten“, Oswald und Fabrikbesitzer Cohn, sind in „Sperdrud“ gedrückt. Das soll mit anderen Worten heißen: „Ohje, merkt fu nicht, welche Großen?“ Der Kommunistenfresser Matthies ist auch wieder dabei. Warum auch nicht? Bis jetzt war er Stadtrat und als solcher braucht man ja erst um 10 Uhr nach dem Gewerkschaftsbüro zu gehen. Der Spitzenkandidat Höhn

ist eine besondere Nummer. Wenn er in die Stadtverordnetenversammlung geht, muß ihm der Ausschuss vorher einen ganzen Berg Zeitung schneiden, denn bei er sich nicht alles aufgeschrieben, so verliert er den Faden und er blamiert als Fraktionsleiter die ganze SPD. Na, man immer zu. Die Proleten werden sich die Sache recht überlegen müssen, ob sie die Liste derjenigen wählen, die schon lange mit dem Proletariat gebrochen haben. Proleten und Klassenbewusste Arbeiter wählen am 17. November die Liste der Kommunisten, auf der nur Betriebsarbeiter stehen. Agilität für die Liste der Betriebsarbeiter. Hinweg mit der Liste der Fabrikbesitzer, Bonzen usw.

Nächtliche Schlegerei. In einem Altstadtrestaurant kam es zwischen Gästen und dem Wirt zum Streit. Schließlich machte der Wirt von seiner Schusswaffe Gebrauch. Ein Gast erhielt einen Oberschenkelsschuß.

Unterschlagungen im Elektrizitätswerk

Ein bei den Hohenwörderstädtischen Werken angestellter Passierer, der die Licht-, Gas- und Wassergelder einzufordern hatte, ist plötzlich strichlos entlassen worden. Er soll größere Beträge unter der Hand haben, was bei einer unvermuteten Revision festgestellt wurde.

Grünberg

Bestätigtes Todesurteil

Im April d. J. wurde der verheiratete Schmied Wilhelm Grünh aus Kühnau bei Grünberg vom Schwurgericht Glogau wegen Mordes zum Tode und wegen versuchten Mordes und Tragens von Waffen zu weiteren fünfzehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Er hatte am 26. April d. J. weil sein Schwager Schulze später das Anwesen seines Schwagerbruders erhaschen sollte, auf dem Hofe seinen Schwager durch einen Schuß und seine Schwägerin durch zwei Schüsse niedergestreckt. Während Schulze auf der Stelle getötet wurde, konnte dessen Ehefrau gerettet werden. Die von Grünh gegen das Urteil eingelegte Revision wurde jetzt vom 2. Strafsenat des Reichsgerichts verworfen. Lediglich das Urteil wegen verbotenen Waffentragens wurde wegen eines Formfehlers in die Vorinstanz zurückverwiesen.

Aus dem Riesengebirge

Doch noch eine Spur im Arnsdorfer Raubmord? Wie man hört, wird bezüglich des Arnsdorfer Raubmordes eine neue Spur verfolgt. Die Landeskriminalpolizei hat in Arnsdorf selbst die Ermittlungen wieder aufgenommen.

Arbeitersport

Görlitz. R.S.V. Siegt in Sachen. Am Sonnabend startete die 1. Ringermannschaft der Kraftsportvereinigung gegen eine Bezirksmannschaft des 6. Kreises in Leutersdorf i. Sa. Beide Mannschaften verfügten über gute Kräfte und somit wurde schöner Sport geboten. Im Gesamtergebnis legten die R.S.V.-Leute mit 9:7 Punkten. Eine Ueberraschung vollbrachte G. Kieß im Schwergewicht, indem er dem in Görlitz bekannten Werner Waldorf in vier Minuten eine Niederlage beibrachte. Zu gleicher Zeit wirkten die R.S.V.-Kämpfer beim Bundesweitstreit in Dessau mit. Die R.S.V.-Kämpfer Morischner und Schmidt errangen mit der bekannten Luksimmer gute Plätze.

DAS SO GESUNDE DR. SENFTNER-BROT

Warum so gesund?

Warum gerade dieses Brot?

Warum sollte es jedermann essen?

Verkauft durch:

Breslau:

Joel Anlauf, Kleischlaustraße 20, B. Bartisch, Herdainsstraße 61, H. Beer, Jorkstraße 32, Karl Benke, Reichstraße 22, Josef Berger, Dummerei 44, Helmut Bindi, Scheiniger Straße 21, M. Bindi, Neue Taschenstraße 59, Auguste Bürde, Pöpelwitzstraße 18, F. Bürgel, Friedrichstraße 59, E. Eichner, Hedwigstraße 35, A. Eisner, Klobitzstraße 33, R. Eläner, Hirschstraße 50, E. Engel, Neudorfstraße 6, P. Ernst, Brüderstraße 73, J. Epler, Neudorfstraße 98, D. Fiebach, Friedrich-Wilhelm-Straße 83, P. Fiebig, Hubenstraße 109, Siegfried Friedländer, Ohlauer Straße 39, Siegfried Friedländer, Lauenhagenstraße 2, Siegfried Friedländer, Gartenstraße 60, Siegfried Friedländer, Gneisestraße 29, Siegfried Friedländer, Hohenzollernstr. 37/39, Siegfried Friedländer, Lohestraße 41, Siegfried Friedländer, Mühlbergstraße 55, Siegfried Friedländer, Hörsenstr. 15, E. Frey, Varenstraße 1, Franz Galle, Maltestraße 12, Karl Geilke, Rosenthaler Str. 57, Emma Gernoth, Sternstr. 57, R. Gerz, Schlegelstraße 57, E. Glas, Bohrauer Straße 37, J. Grambole, Lauenhagenstraße 150, R. Gromada, Plesnerstraße 13, Klara Grotzsch, Neudorfstraße 68, H. Hänel, Franz-Jurter Straße 133, A. Heimann, Weinststraße 58, P. Heintke, Bismarckstraße 4, P. Herrmann, Trebnitzer Straße 64, R. Hirschel, Klotzstraße 24, D. Hödt, Oberstraße 11, G. Hörning, Gohlfstraße 21, R. Karge, Gottschalkstraße 4, H. Kalkner, Seelenstraße 10, R. Kauer, Viktorstraße 22, Reinhold Kiebing, Komm.-Gei., Jub. Klauische & Radtke, Friedrich-Wilhelm-Straße 15, Reinhold Kiebing, Komm.-Gei., Jub. Klauische & Radtke, Klosterstraße 39, Reinhold Kiebing, Komm.-Gei., Jub. Klauische & Radtke, Schweinitzer Straße 7/8, G. Knobloch, Leutenstraße 68, G. Knobloch, Kupferstraße 38, Margarete Konrad, Dönhofsstraße 59, A. Krautwald, Hildebrandstraße 32, J. Kuchel, Berliner Straße 79, C. H. Kühn, Albrechtstraße 19, Bruno Laubner, Michaelisstraße 42/44, Friedrich Viehr, Paulstraße 37, Friedrich Viehr, Kaiserstraße 17, Th. Lohse, Trebnitzer Straße 32, A. Ludwig, Antonienstraße 11, A. Margane, Steinauer Straße 12, P. Rohrer, Hirschstraße 69, P. Rude, Weisenburger Straße 6, P. Müller, Gohlfstraße 99, M. Remmann, Ohlauer Straße 36, Paul Ohnejege, Beinhstraße 88, R. Oswald, Gräblichener Straße 260, B. Rajoul, Andersenstraße 9, H. Rietzsch, Neue Taschenstraße 13, R. Rietzsch, Goethestraße 101, R. Rietzsch, Hedwigstraße 7, E. Raabe, Sonnenstraße 8, Ph. Rauer, Lauenhagenstraße 188, R. Riedel, Berliner Straße 19, D. Ritter, Klosterstraße 77, Klara Rühr, Ringenstraße 23, R. Seeger, Mathiasstraße 159, P. Seidel, Sabowatzstraße 37, J. Seybold, Hubenstraße 40, F. Storz, Lohestraße 55, G. Sorge, Pflanzstraße 3, Fr. Eber, Rosenthaler Straße 12, A. Schäfer, Marienplatz 3, P. Schilde, Enderstraße 20, Adolf Schöndorf, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, H. Scholz, Gräblichener Straße 68, H. Scholz, Friedrich-Karl-Straße 30, Paul Scholz, Lauenhagenstraße 86, Paul Scholz, Lauenhagenstraße 26, A. Scholz, Königgräber Straße 26, R. Scholler, Waterloostraße 14, D. Schulz, Bohrauer Straße 113/115, A. Schwart, Kaiserstraße 39, R. Stod, Gräblichener Str. 209, M. Stiller, Franz-Jurter Straße 33, M. Ughenker, Neuenstraße 8, P. Wlrich, Schmiedestraße 11, Anna Urbanke, Ritterplatz 11, E. Wagner, Gräblichener Straße 45, G. Wallis, Meißnerstraße 54, A. Weda, Hildebrandstraße 21, D. Werner, Bergstraße 30, R. Zimmermann, Dönhofsstraße 20, R. Zimmermann, Pflanzstraße 29, R. Zimmermann, Dönhofsstr. 1, R. Zimmermann, Schlegelstraße 1, G. Jorowka, Weidenstr. 66.

Breslauer Straße 17, Breslau-Oswig: P. Rademacher, Breslau-Rosenthal: P. Reibnig.

Preis Breslau:

Alt-Schlesia: P. Alcinotti, Bettlern: Josef Neugebauer, Brodau: G. Hänel, Domschau: P. Meiser, Gnidwitz: A. Jritsch, Goldschmieden: Klonasch, Groß-Mühlitz: J. Weigbrich, Groß-Tschansch: Aug. Weitzel, Hartlieb: Paul Neugebauer, Hermannsdorf: P. Pallesche, Jankshonau: Paul Zeidler, Kattner: A. Dierichse, Kamallen-Friedewalde: Rob. Pohl, Alarantank: P. Reinert, Klein-Gandau: Joh. Klose, Klein-Mochberg: P. Michalski, Klein-Tschansch: A. Jenke, Mettenberg: Artur Ritschke, Koberwitz: Ernst Hartbruch, Kofel: P. Richter, Kottwitz: Max Seifert, Arietern: Friz Rente, Lichtenwalde: Karl Schmidt, Malwitz: P. Ridel, Margareth: Karl Pohl, Meleschwitz: H. Pohl, Neutritz: H. Heidenreich, Oltsch: Kurt Sempert, Peterwitz: Jaitz, Wilschitz: Adolf Fribich, Wiselwitz: E. Hippel, Protisch-Weide: R. Katay, Neppine: A. Lober, Rothföhren: Franz Urfried, Große Dorfstraße, Schallau: Gustav Schmidt, Schmiedefeld: Paul Wende, Schmolz: P. Adler, Schönbaumitz: Grun. Schönborn: Fuhrig, Schwoitz: R. Ripper, Steine: R. Hermann, Tschschitz: Kurt Rade, Tschirne: Karl Franz, Wangeru: C. Voethe, Weidenhof: E. Herzog, Weigwitz: Felix Scholz, Wirtwitz: E. Kotzke, Weitzschitz: Paul Ritschke.

Preis Wohlan:

Wuras: Oswald Bruner, Wollauer Straße, Dyhernfurth: Paul Diekmann, Ring 12, Hermann Heimbold, Otto-Koch-Straße 21, Gimmel: E. Röhrl, Groß-Schmogtau: R. Bartisch, Geizendorf: P. Weide, Herrnsdorf: Franz Friedrich, Lange Straße 74, Otto Pittlars, Gubener Straße 217, Kamin: Stando, Arelhau: Max Boed, Areidel: H. Engel, Lesbel: A. Martiele, Leubus: C. Dertel, Leubus Stadel: Franz Ridel, Liebenau: Reinhold Wachs, Stuben: P. Ede, Thiergarten: Rich. Lur, Witzig: Ernst Bergmann, Wollauer Vorstadt, Wollau: Friz Rabe, Apothekenstraße 2, Paul Schmidt, Steinauer Straße 48, Karl Schneider, Siegestraße 16, Paul Schubert, Ring 15/16.

Preis Neumarkt:

Neumarkt: Wilhelm Gimmel, Ring, Karl Hoffmann, Herm. Schneider, Ring, Wilschitz: Joh. Frey, Almerode: Bernhard Hante, Sorau: Topf, Budwalde: O. Franke, Canth: Georg Knöfel, Schweinitzer Straße 110, August Rabsch, Ring 32, Dambritz: Paul Heinrich, Diezdorf: E. Lindner, Färkenau: Hugo Franke, Groß-Dreßa: Wiesner, Groß-Peterwitz: M. Radler, Jessendorf: Emil Rippel, Neumarkt: H. Lindner, Ramöse: Th. Bartisch, Rosenblat: Heinrich Weichert, Rriatzsch: Oskar Haberland, Reuthen: J. Günther, Ralsch: A. Briege, Ralschitz: Paul Köpcke, Riebsch-Str.: Langer, Rinslau: Robert Jung, Rippner: R. Pfeiffer, Ober-Ros: Otto Vogel, Erben, Ober-Stephansdorf: R. Papasch, Pöschwitz: Oskar Vogt, Rirßen: Ost Haberland, Rolsnitz: Gust. Veil, Ralschitz: Gustav Hüb. Raake: A. Hoffmann, Schwoitz: R. Rabon, Wilschitz: Herm. Rüsse, Zieserwitz: Alois Speer.

Preis Trebnitz:

Trebnitz: Vinzent Fenger, Bergstraße 3, Johann Ranta, Ring 18, Robert Rinsch, Lange Str. 59, Domanow: R. Schöler, Franzenswalde: Fr. Köpfnieder, Gelsenberg: A. Keil, Groß-Hammer: Franz Reize, Groß-Peterwitz: Gustav Patsche, Häuern: Wilhelm Müller, Klein-Schwitz: C. Hoffmann, Luzner: Oskar

Wiesner, Ober-Glauch: E. Gramatte, Oberrigt: Georg Edelt, Raschertwitz: M. Richter, Prausnitz: Emma Weide, Ring 35, Karl Reichelt, Trachenberger Straße 15, Schawoine: W. Belle, Schelitz: Felix Schmidt, Hermann Korfke, Schimmerau: A. Bardenha, Schlottau: Wulle, Schön-Glauch: Josef Kurlawe, Starzine: Robert Sotta, Striesel: Jul. Vauz, Stroppen: Heberle.

Preis Oels:

Oels: Emilie Bardele, Luisenstraße 4, Gustav Hantke, Wartenberger Straße 7, Gustav Kirchof, Ring 38, Bruno Schliebig, Ohlaustraße 63, Otto Weeg, Breslauer Straße 6, August Wulle, Ohlauer Straße 19, Bernstadt: Friedrich Pentzschel, Briege Straße, Josef Schmidt, Breslauer Straße, Verla Wengler, Namslauer Str. 1, Bohrau: J. Gräsche, Briege: A. Dede, Buchwald: Ruffer, Färken-Glauch: P. Ritsch, Gimmel: Paul Bauer, Groß-Graben: Ad. Scholz, Groß-Zöllnitz: Jul. Boer, Gutmohne: Friedrich Hoff, Juliusburg: Walter Böhmer, Klein-Glauch: W. Kutsche, Korfke: Meiser, Krafchen: A. Häsner, Kummerdorf: Max Kleiner, Lampersdorf: E. Fabian, Langenhof: Heinrich Pentzschel, Langewiese: Jul. Knecht, Mühlhölzsch: Paul Kuschel, Neitsche: Robert Bierbaum, Ober-Schmolzen: Karl Neumann, Rostwitz: Rummelschmidt, Priezen: R. Rutschel, Neeswitz: A. Heiner, Sotrau: G. Gernoth, Söblich: Robert Prjinosch, Wabnitz: Otto Urban, Wilhelmimort: Robert Dgriffel.

Preis Ohlau:

Ohlau: Alfons Gorille, Grottkauer Straße 4, Karl Lampel, Mäzlerstraße 12, Ernst Rothe, Ring 36, Josef Seiba, Oberstraße 22, Wäner: Friz Morawe, Wilschitz: Beria Walter, Daupe: Otto Reinert, Frauenhain: Reinhold, Del. Groß-Neisterau: Gustav Langer, Seibau: Friedr. Herrlich, Hennesdorf: Paul Krause, Gütern: Otto Proke, Jakobine: H. Adler, Jelschitz: Otto Land, Kleinöls: A. Kürze, Kobern: Karl Weider, Köchendorf: Bled, Laskowitz, E. Dittich, Märzdorf: R. Fröhlich, Marienau: Aug. Gloger, Marzschitz: Kurt Paul, Winten: D. Schnalisch, Raitwitz: Reinhold Rosenhain: J. Neugebauer, Steinberg: Fr. Walter, Tempelsfeld: Jos. Kamke, Thomaskirch: J. Kaufmann, Wansen: Reinhold Langwitz, Ring 2, Max Ruffner, Ring 83, Friz Weber, Ring 97, Würben: R. Heinzl, Zottwitz: R. Baumgart.

Preis Nimptsch:

Nimptsch: Theodor Gierke, Ring 15, Diersdorf: Schäfer, Groß-Antegnit: Dittich, Groß-Linz: R. Triple, Groß-Millau: Richard Glina, Grünharten: Friedr. Schiller, Heidersdorf: Moritz Kaulmann, Jordansmühl: A. Lehmann, Karschau: Fr. Klingenberg, Karzen: D. Dittich, Klein-Antegnit: Hermann Haenich, Kurlwitz: Reinhold Witsch, Langenöls: M. Werner, Ralschitz: Wagner, Ralslau: Friz Weber, August Wolf, Senitz: Bartisch, Siegroth: Josef Zeh, Wilschitz: Herm. Sanghuf.

Preis Strehlen:

Strehlen: Wilh. Gräsche, Ring 2, Herm. Grundmann, Ring 60, G. Petrich, Münsterberger Str. 26, Deusch-Landen: Artur Perlitius, Geppersdorf: E. Reisch, Großburg: Julius Gröhe, Duffenitz: J. Schirbel, Krotzsch: Ernst Brandwein, Markt-Bohrau: Galle, Obendorf: Julius Vogt, Penitz: R. Schindler, Priebera: G. Richter, Mägersdorf: Junck, Kolen: R. Frieste, Kupfersdorf: Frizl, Euerwäge Baderel, Schönbrunn: Rud. Weiß, Strige: Friz Hanulsch, Zippendorf: Fr. Schwalbe, Zülpitz: Otto Braunsched, Wilschitz: C. Brandwein.

Glänzender Erfolg der Getreidebeschaffungskampagne

Moskau, 29. Oktober. (Inprekorr.) Nach den Angaben des Getreidebeschaffungslampagne wurden in den ersten vier Monaten der Getreidebeschaffungskampagne dieses Jahres 8,9 Millionen Tonnen Getreide beschafft, gegenüber 3,3 Millionen im vergangenen Jahre, darunter 4,8 Millionen Tonnen Weizen und Roggen gegenüber 2,3 Millionen des letzten Jahres.

Zur Sicherung des erfolgreichen Verkaufs der Getreidebeschaffung wurde die Vollerzeugung der Getreidegebiete mit Industriewaren um 51 Prozent gegenüber dem vergangenen Jahre erhöht.

In einer Versammlung von Vertretern der Getreidebeschaffungsorganisationen gemeinsam mit Vertretern von Fabrikbetrieben sprach Genosse M. I. J. an über den Verlauf der Getreidebeschaffung. Die zum Bericht angenommene Entschliessung stellt fest:

„Der erfolgreiche Verlauf der Getreidebeschaffung im laufenden Jahre bestätigt voll und ganz die Wichtigkeit der Linie der Partei und der Sowjetregierung in Bezug auf die Durchführung der Getreidebeschaffung durch die Methoden der sozialen und politischen Massenarbeit unter den armen und mittleren Bauernschichten des Dorfes und in Bezug auf die Offenheit gegen die Kulaken des Dorfes.“

Dank der Einbeziehung beträchtlicher Kubers der Partei- und Gewerkschaftsmittelglieder in die Getreidebeschaffungsarbeit und dank der Mithilfe der unteren Schichten der Dorfschichtlichkeit ist es gelungen, den Willen des proletarischen Staates den Verhören der wohlhabenden Kulaken des Dorfes, Getreide zurückzuhalten, entgegenzusetzen.

Die Hoffnungen der Kulaken auf Spekulation mit Getreide und auf Unterwerfung der Landwirtschaft der Sowjetunion sind gescheitert.

Gescheitert sind auch die Hoffnungen der bürgerlichen Verächter vom Schlege der Schiffer und Konsorten.

14 Todesurteile gegen Schädlinge am sozialistischen Aufbau

Moskau, 29. Oktober. Das Gericht in Kraschan hat nach zweimonatlicher Verhandlung gegen 129 Angeklagte, die der aktiven und passiven Bekämpfung sowie einer Schädigung der staatlichen Fischindustrie um ein Millionen Rubel durch unrechtmäßige Unterdrückung der privaten Fischindustrie beschuldigt waren, heute das Urteil verkündet.

14 Angeklagte, und zwar sieben Staatsbeamte und sieben private Fischhändler, wurden zum Tode verurteilt. Die übrigen Angeklagten wurden mit Ausnahme von einigen, die freigesprochen wurden, zu Gefängnisstrafen bis zu zehn Jahren verurteilt.

„Täglich neue Todesurteile“, „Blutgericht gegen Privatwirtschaft“ — zeternt die bürgerlich-sozialistische Presse. Laßt sie heulen und zähneknirschend. Die Sowjetmacht tut nur ihre harte und unerbittliche revolutionäre Pflicht.

In einem Augenblick, wo die Arbeiter der Sowjetunion die grandiosen sozialistischen Aufbaupläne verwirklichen, wo von der maximalen Verwirklichung des Fünfjahresplanes die Vollendung der sozialistischen Umgestaltung der Sowjetunion abhängt, ist jeder Sabotageakt, jede bewusste Schädigung der Aufbauarbeit ein Verbrechen, das hundertmal schwerer wiegt.

Die Arbeiterklasse aller Länder begreift es aus vollem Herzen, wenn die Sowjetmacht im Interesse des sozialistischen Aufbaus ihre Feinde, die Kapitalisten und Kulaken, die Pfaffen und Korruptionisten zum Teufel schickt!

Rückt zum Gewerkschaftskongress der revolutionären Opposition

Als Auftakt zum Reichskongress berief das Bezirkskomitee der revolutionären Gewerkschaftsopposition im Ruhrgebiet am Sonntag acht Konferenzen der revolutionären Betriebsräte und Vertrauensleute ein. Über ein Fünftel der Teilnehmer der gut besuchten Konferenzen waren parteilose Arbeiter. In allen Konferenzen wurden einstimmig Entschliessungen angenommen und der Reichskongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition begrüßt und die Arbeiterklasse im Ruhrgebiet aufgerufen, Delegierte zu wählen und härter als bisher den revolutionären Vertrauensleutekörper aufzubauen.

Eine gut besuchte öffentliche Metallarbeiterversammlung in Belfort nahm einstimmig eine Entschliessung an, den Kampf für die 40-Stunden-Woche und für Lohnsteigerungen zu organisieren. Die Versammlung wählte einen Delegierten zum Reichskongress. Die Finanzierung erfolgte durch Sammlungen in den Betrieben.

Eine Delegiertenversammlung der „G. G.“ in Gelsenkirchen beschloß einstimmig, einen parteilosen freigewerkschaftlich organisierten Kollegen als Delegierten zum Reichskongress zu entsenden und vom Betrieb zu finanzieren.

Eine Betriebsversammlung der Textilfabrik „Regenia“ in Hartmannsdorf (Sa.) beschloß gegen zwei Stimmen, eine Lohnforderung von 15 Pfg. pro Stunde und die Forderung der 45-Stunden-Woche zu stellen. Einstimmig wählte die Versammlung einen Delegierten zum Reichskongress. Sie verpflichtete sich, die Kosten der Delegation im Betrieb aufzubringen.

Die Arbeiter der städtischen Betriebe in Remscheid wählten einen Delegierten.

Eine Zahlstellenversammlung des Bergarbeiterverbandes Bismarck (Oberhausen) wählte gegen zwei Stimmen einen Delegierten zum Reichskongress und bewilligte 10 Mark aus der Lotterielasse zur Unterstützung des Kongresses.

Freilassung der Bombenattentäter

Nachdem Landgerichtsdirektor Masur als Untersuchungsrichter vor einigen Tagen die Limm-Gruppe und den Sekretär Gephards entlassen hatte, trotzdem gegen alle nach amtlicher Mitteilung bringender Tatverdacht weiterbesteht, ist nunmehr auch die sogenannte Gruppe der Bombenschwärmer in Freiheit gesetzt worden. Es wird also nicht mehr lange dauern und alle Verhafteten werden wieder frei sein.

Deute handelt es sich um Anton Groß, Kurt Kuborff und Fritz Kelling, alle aus Mühlheim an der Ruhr. Kelling ist einer der Stützen der nationalen Terrorgruppen und war auch bei einem Sprengkommando im Ruhrkampf tätig gewesen. Die Polizei war auf ihre Spur durch Kartengrübe gelenkt worden, die sie von einer in Rosrod haftfindenden völligen Lagung aus an den Bombenattentäter Polizeihauptmann a. D. Widels gerichtet hatten. Es konnte auch festgestellt werden, daß sie dann Widels in Hamburg aufgesucht hatten und mit ihm in engstem Konnex standen.

Auch bei diesen drei Beschuldigten mußte der die Entlassung

verlangende Richter zugeben, daß weiterhin Latverdacht bestünde. Nach bewährtem Muster, das man aber bekanntlich nur gegenüber Rechtsradikalen anwendet, wird weder Verbundlungs- noch Tatverdacht als bestehend angenommen. Bei dem am stärksten belasteten Kelling wurde die Haftentlassung von einer Sicherheitsleistung in Höhe von 80 000 Mark abhängig gemacht. Dieser Betrag wird selbstverständlich aufgebracht werden.

Neuer chinesischer Ueberfall auf das Sowjetkonsulat in Charbin

Aus Charbin wird gemeldet: Heute nachmittag wurde auf das Sowjetkonsulat in Charbin chinesischerseits ein neuer Ueberfall verübt. Fünf Sowjetbürger wurden verhaftet. Die Durchsuchung der Räume des Konsulats währte über einhalb Stunden. Gegen die am Montag verhafteten nebzehn Sowjetbürger bringen die Chinesischen

Behörden die Behauptung vor, daß sie „das Sowjetkonsulat als Stützpunkt bei ihren Aktionen benutzten und in Charbin Anwesen zu stiften versuchten“.

Erst nachdem der neue Ueberfall bereits erfolgt war, beachteten die Chinesischen Behörden den deutschen Konsul und suchten seine Zustimmung zu erlangen. Ueber den Ueberfall entließ sich der deutsche Konsul für heute abend eine dringliche Mitteilung des Konsulatskorps anzuübernehmen, um an China eine Warnung zu richten.

An unsere Leser!

Wie bitten unsere Leser, den Kolporteurs bei der Einfassung des Abonnementsgeldes keine Schwierigkeiten zu bereiten! Der Betrag muß streng daran festhalten, daß das Betragesgeld regelmäßig und im voraus einrichtet wird! Bei der Einfassung ist vom Kolporteur eine Quittung zu verlangen!



- Serientage**
- Hosenträger-Garnitur** mit Socken- u. Ärmelhalter. Mark **1,-**
- Selbstbinder** moderne bunte Streifen .. Mark **1,-**
- Sportmützen** für Knaben und Herren, neue Sportstoffe Mark **1,-**
- Stoffwesten** für Herren, in verschiedenen Farben Mark **2,-**
- Stoffwesten** für Herren, mit doppeltam Rückenfutter Mark **3,-**
- Maler-Kittel** aus Nessel Mark **3,-**
- Herren-Hose** gestreift, kräftige Qualität, Mark **3,-**
- Herren-Schirme** gute Strapazier - Qualität, mit kunstseidenem Futteral ... Mark **3,-**
- Wollfilz-Hüte** für Herren, mit kleinen Schönheitsfehlern Mark **3,-**
- Breeches** aus haltbarem Kord Mark **5,-**
- Herren-Hose** gestreift Mark **5,-**
- Staubmantel** für Herren, aus Köper ... Mark **5,-**

Herrenkonfektion

- Knickerbocker** aus haltbarem Stoff Mark **5,-**
- Lodenjoppe** für Herren, warm gefüttert. Mark **10,-**
- Windjacke** für Herren, in verschiedenen Ausführungen Mark **10,-**
- Herren-Breeches** aus gutem Kord Mark **10,-**
- Herren-Hose** aus gestreiftem Kammgarn. Mark **10,-**
- Knickerbocker** aus praktischen Stoffen ... Mark **10,-**
- Herren-Anzug** in solider Verarbeitung ... Mark **20,-**
- Herren-Ulster** aus warmen Ulsterstoffen. Mark **20,-**
- Lodenmantel** aus grünlichem Strichloden. Mark **20,-**
- Herren-Ulster** aus modernen Ulsterstoffen. Mark **30,-**
- Herren-Paletot** zweireihig, m. Sammetkrag. Mark **30,-**
- Herren-Anzug** in guter Verarbeitung Mark **30,-**
- Herren-Ulster** in mittleren Farben, auf Kunstseide gesteppt Mark **50,-**
- Herren-Paletot** auf Kunstseide gesteppt, zweireihig mit Sammetkragen. Mark **50,-**
- Herren-Anzug** aus mittelfarb. Kammgarn. Mark **50,-**



Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Stadttheater Breslau
(Opernhaus)
Spielplan vom 26. Oktober bis 3. Nov. 1929
Donnerstag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie E 5
Der und Zimmermann
Freitag, 20 Uhr
Abonnements-Vorstellung Serie C 5
Judith
Sonnabend, 20 Uhr
Waldspiel **U. d. o. l. f. f. l. c. e. s.**
Nationaltheater München
U. d. o.
Sonntag, 15,30 Uhr
Nachm.-Vorstellung zu ermäßigten Preisen
Der Riegende Hahn
20 Uhr
Der Wagner-Oberst

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 30 300
Freitag 8 Uhr
Abendbesuche
Lotte Carolan, Willy Thumis
Friederike
Vorkaufspreise
Sonnabend, den 2.
nachm. 4 Uhr
Rotkäppchen
und der Wolf
Groß-Kinderbühnen
mit Gesang u. Tanz
Abends 8 Uhr:
Premiere
Die
Fledermaus
5 Gastspiele 5
Margit Suchy
v. d. Staatsoper Berlin
Kammersänger
Lichtenstein
Grete Finkler
vom Berliner
Metropoltheater
Sonntag, den 3. Nov.:
nachm. 2. Rotkäppchen
abends 8: Fledermaus

Fuchs
die große Mode
Pelzmant., sow. all-
Arten Befahelle noch
zu Sommerpreisen.
Anarbeit., Reparatur
werden billig u. fach-
gemäß ausgeführt bei
Wilh. Schacher
Weltergasse 23, I.
Sie verdienen
Sie täglich
10 Mark
mit Schnürjockey
Nur persönl. kommen
Reste
in Serge, Klette, Gein-
wand, Rezmuffen
Rohhaar, Garn, Knöpfe
Reinseife, Erdal
alles sehr billig
prima Ware
Detail und Engros
Berth. Lippert
Breslau
Heinrichstraße 16
Filiale: Oberstr. 17
Weißberggasse 43

EDEN-THEATER Nikolai-
str. 27
Kann die Qualität unseres dies-
wöchigen Progr. überbot. werden?
Wir behaupt. Nein! — d. wir bring.
Henny Porten
in
Mutterliebe
Jedes weitere Wort über dies. herrl.
Film erübrigt sich
Großer Kriminal- u. Sensationsfilm
mit Anna May Wong
Wochent. 5, 7, 9 Uhr, Sonnt. 3, 5, 7, 9 Uhr
Erwerblos von Montag bis Donnerstag
bis 7, 7 Uhr, 40 und 50 Pfg. Eintritt

ZENTRAL-THEATER
Breslau VI, Westendstraße 30
Telephon 23428
Bis Donnerstag, den 7. November 1929
Lya Mara
in dem köstlichen Großlustspiel
Mein Herz
ist eine Jazzband
8 Akte nach dem bek. Schlagerlied
mit
Alfred Abel, J. Kowal Samborski
Dazu als 2. Film:
Die neue Heimat
Ein Emigrantenschicksal in 7 Akten
mit
Rudolph Schildkraut

Achtung! Hausfrauen!
Ihre übernommen!
**Feine Fleisch-
und Wurstwaren**
empfiehlt zu soliden Preisen
Alfred Eisler
Breslau, Reichenhölz 57

Lederjacken
22-38, 42-50, 54-60
Gebr. Tischler, Spezialgeschäft
Gartenstraße 37 Alte Taschestr. 9
(am Konzerth.) (s. d. Oskaner Str.)

So haben wir zum Ultimo gesorgt!



Mitglied der
Kunden-Kredit
G. m. b. H.

Da gibt es nur einen Ausdruck:
**Kommen,
Sehen,
Staunen.**

Sie werden über unsere große Auswahl überrascht sein und für wie wenig Geld Sie bei uns einen vorzüglich verarbeiteten Wintermantel erstehen können. Alles eigene Anfertigung, daher höchste Leistungsfähigkeit.

Moderne Ulster

auf K.-Seide-Steppfutter in den beliebten blaugrauen u. anderen mod. Farben
29.50 39.50 48.— 58.— 68.— 78.—

Paletot

schwarz Eskimo oder Marengo z. Teil ganz auf K.-Seide-Steppfutter gefüttert
Nur unsere bewährten Stammqualitäten
32.50 42.50 52.50 62.— 72.— 82.— 92.—

Ein Posten Anzüge
in den schönsten Mustern, nur reelle Qualitäten
enorm billig

Auch starke Herren finden bei uns das Passende

L. Prager, Albrechtstraße 51

Edle Schuhbrücke Gegründet 1860

Für Rundfunk gilt nur dieser Satz:
Alles — vom Radio-Wachplatz!
Täglicher Eingang von Dankschreiben. Rufen Sie heute noch
590 66 an und verlangen Sie unverbindlichen Vertreterbesuch
auch nach außerhalb vom größten Spezialgeschäft Breslaus
Radio-Wachplatz Friedrich-Wilhelm-Straße 16
Telephon 590 66
Mitglied des Arbeiter-Radio-Bundes Teilzahlung gestattet

Total-Ausverkauf

wegen vollständiger Geschäftsaufgabe

**Seidenstoffe, Wollstoffe, Samte, Wascht-
stoffe, Herrenstoffe, Mantelstoffe, Fell-
imitationen, Futterstoffe nur
moderne fehlerfreie Waren zu
beispiellos niedrigen Preisen**

Verkaufszeit von 8½—1½ und 3—6½ Uhr

N. Berger, Ring 45

Spezialhaus für Seiden und Wollstoffe

Genossen! Werbt neue Abonnenten!

Otto Klauß, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

Genosse sucht
Leerzimmer mit Küche
Angebote an die Arb.-Zeitung

Billiger Fleisch-Verkauf!

Schweinefleisch	Pfd. von 1.10 an
Schweinefleisch	Pfd. 1.60
Schweinefleisch	1.40
Rindfleisch v. Knoch.	Pfd. von 1.10 an
Suppenfleisch	" 1.10 "
Kalb- u. Rindfleisch	" 1.20 "
Kalb- u. Rindfleisch	" 1.40 "
Rinderfleisch	" 1.50 "
Rindfleisch	" 1.80 "
Frühger Speck	Pfd. 1.20
Lungenfett	" 1.15
Gepökelte Eisbeine	" 1.10
Schweinefett (deutsch)	" 1.00
Gulasch	" 0.80
Gehacktes	" 0.80
Rinderfett (deutsch)	" 1.80
Prima harte Dauerwurst	Pfd. 2.00-2.40
Gefochter Schinken	1/4 Pfd. 0.80
Roher Schinken	1/4 " 0.80
Lauchschinken	1/4 " 0.60
Bratopf, Mortadella	1/4 " 0.30
Wettwurst	1/4 0.30-0.45
Braunschweiger	1/4 Pfd. 0.30-0.40
Leberwurst	1/4 Pfd. 0.20-0.40
Polnische	Pfd. 0.90-1.20
Knoblauchwurst	Pfd. 0.70-1.00
Feinster Aufschnitt	1/4 Pfd. 0.50
Italienische Salat	1/4 Pfd. 0.25
Beräucherte Bratwurst	Paar 0.25
Weißer Bratwurst	Paar 0.30

sowie alle anderen Fleisch- u. Wurst-
waren zu niedrigsten Preisen empfiehlt
Adolf Weiß
Fleischerei und Wurstfabrik, Breslau
Mollitzstraße 13 / Fernspr. 25 669

Bettfedern

geschlossene u. ungeschlossene
garantiert staubfrei und füllkräftig
Inletts, Bettzüge
Fertige neue Betten
Große Auswahl. Allerbilligste Preise
Bettfedernhaus Liebich
Breslau, Neue Taschenstraße Nr. 1 b
(Schrägüber vom Viktoriatheater)
Zur Bettenreinigung empfehle meine
moderne neuzeitliche Maschine.

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Georg Loebel
Breslau, Klosterstraße 83

Nähmaschinen
Unter / Adler / Dürkopp / Singer
Knopf- und Wiesen-Maschinen für
Schneider und Schuhmacher
fahrräder, Spreng-Apparate
Reparatur-Workstatt
Georg Greulich
Breslau, u. u. Hummeri 20 u. 22
Kleine Anzahlung
wöchentliche Abzahlung von 2,50 Mark

Hausfrauen, Leier
der „Arbeiter-Zeitung“
benutzen bei ihren Einkäufen
nur die Geschäfte der
Inserenten!